

DIE ENTWICKLUNG DER PARTEIENLANDSCHAFT
IN ESTLAND 1991-2011

Tõnis Saarts
Ott Lumi



Konrad
Adenauer
Stiftung

Die Entwicklung der Parteienlandschaft in Estland 1991–2011

Tõnis Saarts
Ott Lumi

Übersetzung: Heilika Leinus
Lektorat: Stefan Rausch
Design: Kadri Kuusk

Herausgeber: Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.,
Thomas Schneider, Leiter Länderprojekt Estland

© Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. und die Autoren, 2013

ISBN 978-9949-33-362-2

Gedruckt: AS Printon Trükikoda, Tallinn, Estonia

Die repräsentative Demokratie beruht auf einer pluralistischen und sich stets weiter entwickelnden Parteienlandschaft. Ihre historischen Wurzeln und Grundprinzipien sind dabei für ihre gegenwärtige Tätigkeit immer noch von großer Bedeutung. Um die verschiedenen Entwicklungen im heutigen Europa zu verstehen, muss man die Entstehungsgeschichten, die Galionsfiguren und Umbruchmomente seiner Akteure kennen.

Die vorliegende Analyse ermöglicht einen Blick auf den Werdegang des estnischen Parteiensystems. Sie bietet eine Zusammenfassung über die Anfänge der estnischen Parteien und ist damit interessant für Politikinteressierte, Politiker und natürlich für jeden, der sich näher mit dem nördlichsten der drei baltischen Staaten beschäftigen möchte. Hierzu wird zunächst das Parteiensystem selbst mit all seinen Facetten illustriert, um sich im Anschluss daran den Entwicklungen, den Meilensteinen und den unterschiedlichen Beziehungen zwischen den einzelnen Parteien in diversen Epochen zu widmen. Mit freundlicher Unterstützung der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. ist es gelungen, diese Analyse nun auch in deutscher Sprache herauszugeben. Sie gewährt einem deutschsprachigen Leserkreis ein Verständnis für die Entwicklungen in Estland in der Zeit nach der wiedererlangten Unabhängigkeit.

Vor 25 Jahren war die Gründung der „*Estnischen Nationalen Unabhängigkeitspartei*“ (estn. Eesti Rahvusliku Sõltumatuse Partei) ein historischer Durchbruch, nach der ein halbes Jahrhundert lang herrschenden, kommunistischen Diktatur. Darauf folgte die Etablierung eines gemäßigten Mehrparteiensystems, auf dem das neue unabhängige Estland bauen konnte.

Mit dem vorliegenden Werk hat der Leser die Möglichkeit, sich eine unabhängige Meinung zu den estnischen Parteien zu machen. Ungeachtet der in weiten Teilen berechtigten Kritik und der zunehmenden Parteienverdrossenheit sowohl in Estland als auch anderswo, bleiben Parteien Grundlage einer freien Gesellschaft – solange sie demokratisch sind und ihren Nährboden in einer offenen Bürgergesellschaft finden.

Tunne Kelam MdEP*

** Tunne Kelam MdEP, Jg. 1936, ist Gründungsmitglied und späterer Vorsitzender der „Estnischen Nationalen Unabhängigkeitspartei“, die die erste unabhängige Parteigründung in der damaligen Sowjetunion darstellt. Seit 2004 ist er Abgeordneter im Europäischen Parlament.*

DIE ENTWICKLUNG DER PARTEIENLANDSCHAFT IN ESTLAND 1991–2011

TÖNIS SAARTS, OTT LUMI

Die heutigen modernen Demokratien sind ohne Parteien kaum vorstellbar. Parteien spielen auch in den Transformationsländern Mittel- und Osteuropas eine wesentliche Rolle im demokratischen Konsolidierungsprozess.

Die Parteien und das Parteiensystem Estlands haben seit 1991 einen beachtlichen Transformationsprozess absolviert. Der allgemeine Trend ging in Richtung einer höheren Stabilität und Konsolidierung. Sicher ist dieser Prozess weder linear noch ohne Rückschläge gewesen. Doch gibt es in Mittel- und Osteuropa eher wenige Staaten, bei denen von stabilen und etablierten Parteiensystemen die Rede sein kann. In der Regel werden im positiven Sinne diese vier Staaten hervorgehoben: Tschechien, Ungarn, Slowenien und Estland (Jungerstam-Mulders 2006; Lewis 2006).

Dieses Kapitel widmet sich dem estnischen Parteiensystem und dessen Entwicklungslinien. Dazu werden die Genese des Parteiensystems und dessen Hauptcharakteristika, die Faktoren, die die Stabilisierung/Konsolidierung¹ beeinflusst

¹ In der Literatur über die Parteiensysteme werden Konsolidierung und Stabilisierung öfter als Synonyme gesehen und daher sind die entsprechenden Begriffe in diesem Kapitel auch nicht strikt voneinander getrennt worden.

haben, sowie die Parteiorganisationen, aufgezeigt. In der vorliegenden Analyse der Parteien und des Parteiensystems wird versucht, die in Estland stattgefundenen Entwicklungen in einem breiteren mittel- und osteuropäischen Kontext zu betrachten. Des Weiteren wird der Forschungsgegenstand mit westlich anerkannten Theorieansätzen verbunden.

Im ersten Teil des Kapitels werden die Begriffe „Parteiensystem“ und „Partei“ erläutert und einige wesentliche Charakteristika hervorgehoben, durch die sich die mittel- und osteuropäischen Parteiensysteme von den alten Demokratien Westeuropas unterscheiden. Danach liegt der Fokus auf dem estnischen Kontext und es wird erklärt, aus welchen Entwicklungsquellen die estnischen Parteien und das estnische Parteiensystem hervorgegangen sind, ergänzt durch einen kurzen Blick auf institutionelle Regeln und deren Entwicklung (Wahlsystem, Parteienfinanzierung, Status der Parteien). Im Mittelteil des Kapitels werden die Hauptentwicklungsetappen des estnischen Parteiensystems erörtert und das Verhältnis der Parteien zur Gesellschaft (Vertrauen gegenüber den Parteien, Grundzüge des Wählerverhaltens), sowie die Konfliktlinien, die den Parteienwettbewerb strukturieren, betrachtet. Der letzte Teil des Kapitels beschäftigt sich mit einem Bereich, der bisher in Estland am wenigsten untersucht worden ist – den Parteiorganisationen (Parteimitgliedschaft, die organisatorische Entwicklung der Parteien, innerparteiliche Demokratie etc.).

PARTEIEN UND PARTEIENSYSTEME – BEGRIFFE UND TYPOLOGIE

Zuerst gilt es die Schlüsselbegriffe zu definieren. Was ist eine Partei, was ist ein Parteiensystem und welche klassischen Typologien gibt es?

Parteien können als politische Organisationen definiert werden, welche aus Menschen mit ähnlichen politischen Ansichten bestehen, die unterschiedliche Interessen der Gesellschaftsebene bündeln und ihr Programm durch die Partizipation am Machtausübungsprozess auf der staatlichen Ebene durchsetzen wollen (Ware 1996). In einer Demokratie verwenden die Parteien dazu legale Mittel, um ihre Ziele zu erreichen, indem sie an der Wahl teilnehmen und ihre Kandidaten zur Wahl aufstellen.

In der theoretischen Literatur wird zwischen vier Parteimodellen unterschieden, die in den westlichen Demokratien im Laufe der evolutionären Entwicklung entstanden sind: Kaderpartei, Massenpartei, Volkspartei (Catch-All-Partei) und professionelle Wählerpartei (Electoral-Professional-Partei, hier auch als Kartellpartei bezeichnet) (Kirchheimer 1966; Katz, Mair 1995; Krouwel 2006). In der ersten Hälfte der 1990er Jahre waren die estnischen Parteien erst in Ansätzen

zu finden. Sie befanden sich auf dem Weg von den Fraktionen und Gruppen der damaligen Volksvertretungen zu Parteien, und wiesen zahlreiche Charakteristika der Kaderparteien auf. Das Zeitalter der Massenparteien bleibt in Estland die Zeit der ersten Unabhängigkeit in der Zwischenkriegsperiode (1918-1940). Die heutigen estnischen Parteien entsprechen wohl am meisten den Modellen der Volkspartei und der professionellen Wählerpartei: Sie stellen einen Mischtypus aus den beiden dar, werden aber in erster Linie durch Charakteristika der professionellen Wählerparteien gekennzeichnet (Sikk 2003; Toomla 2011). In Estland, ebenso wie in den übrigen Ländern Mittel- und Osteuropas, hat ein Sprung direkt aus dem Zeitalter der Volksparteien ins Zeitalter der Kartellparteien stattgefunden. Die Etappe der Massenparteien als Parteityp der klassischen westlichen Industriegesellschaft ist übersprungen worden (vgl. Smith 1993).

In Westeuropa entstanden die Volksparteien in den 1960er und 1970er Jahren als die ideologischen Gegensätze zwischen den Parteien auflockerten und das Erreichen einer möglichst breiten Wählerbasis den Parteien wichtiger wurde als die Umsetzung einer rein ideologischen Politik. Die Volksparteien haben es sich zum Ziel gesetzt, die Stimmen möglichst unterschiedlicher Wählergruppen zu gewinnen, weswegen aus pragmatischen Überlegungen unterschiedliche Elemente im Parteiprogramm aufgenommen werden, die ihren Ursprung sowohl in linken als auch in rechten Ideologien haben. Die Führung der Parteiorganisation ist in diesen Parteien eher unternehmerisch und da die Rolle der individuellen Mitglieder herabgesetzt wird, schenkt man dem Zuwachs der Mitgliederzahl keine große Aufmerksamkeit. Im Unterschied zu den professionellen Wählerparteien sind die Volksparteien jedoch nicht in so großem Maße abhängig vom Staat und den öffentlichen Mitteln, sondern werden in erster Linie durch Spenden von Interessengruppen finanziert.

Ein wesentliches Merkmal der Kartellparteien ist es, dass sie immer mehr zu einem Teil des Staates und der staatlichen Strukturen werden und sich von der Gesellschaft entfernen. Die Finanzierung der Parteien erfolgt zum größten Teil durch den Staatshaushalt, und nicht mehr durch die Mitgliedsbeiträge. Dies verringert die Motivation der Parteien, neue Mitglieder anzuwerben. Sie schaffen gewisse institutionelle Regeln, um ihre Position zu stärken und die möglichen neuen Konkurrenten abzuwehren (Finanzierungsregeln, Wahlgesetz). Die Ideologie spielt eine ebenso geringe Rolle wie bei den Volksparteien. Jedoch wird versucht, ein stabileres Klientelverhältnis mit gewissen Wählergruppen zu schaffen („Wählen Sie uns und wenn wir an die Macht kommen, geben wir Ihnen gewisse öffentliche Güter und Dienstleistungen!“). Die Wahlkampagnen gleichen immer mehr einem politischen Marketing und

die Kampagnefähigkeit spielt beim Erfolg der Partei eine größere Rolle als die Ideologie und die Arbeit mit dem Programm.

Das **Parteiensystem** ist das System der wechselseitigen Beziehungen zwischen Parteien innerhalb eines politischen Systems in dem mehr als eine Partei auftritt. (Wolinetz 1988, 1997; Sartori, Mair 2005). Bei der Untersuchung der Parteiensysteme wird sich darauf konzentriert, welche Parteien im System überhaupt vorkommen und wie sie gegeneinander antreten oder miteinander zusammenarbeiten.

Es sind Versuche unternommen worden, unterschiedliche Typen der Parteiensysteme zu definieren, indem man von der Zahl der Parteien und deren Machtverhältnis untereinander ausgeht (Blondel 1969; Sartori 1976; Ware 1996; Siaroff 2000). Als einer der wichtigsten Vertreter des Faches unterscheidet Sartori vier Typen von Parteiensystemen: (1) **predominantes Parteiensystem** – eine Partei vereint bei den Wahlen über 50 Prozent der Stimmen und die Übrigen bekommen selten mehr als 20 Prozent der Wählerstimmen (z.B. Japan); (2) **Zweiparteiensystem** – die zwei größten Parteien bekommen insgesamt 90 Prozent der Stimmen, wobei jede in der Lage ist, eine absolute Mehrheit zu erzielen. Die anderen Parteien haben nur marginales Gewicht (z.B. USA, Großbritannien); (3) **moderates Mehrparteiensystem** – es existieren mehr als zwei „Hauptparteien“ und keine hat die Möglichkeit, alleine eine absolute Mehrheit auf sich zu vereinen. Das System ist jedoch nicht allzu zersplittert und aus weltanschaulicher Perspektive regieren eher die Kräfte, die zum ideologischen Zentrum tendieren (z.B. Deutschland, Schweden, Tschechien); (4) **extremes Mehrparteiensystem** – das Parteiensystem ist eher zersplittert (normalerweise gibt es im System mehr als fünf relevante Parteien²), im System herrschen eher die Kräfte, die zum ideologischen Extremismus neigen. Das ideologische Zentrum ist schwach.

Übertragen wir Sartoris Klassifikation auf das heutige Parteiensystem Estlands, so kann es als moderates Mehrparteiensystem definiert werden, während es sich in den 1990ern (besonders am Anhang des Jahrzehnts) eher um ein extremes Mehrparteiensystem handelte (Toomla 1999, 2005). Trotz dieser Erkenntnis bedarf es weiterer Konkretisierung, da die meisten Parteiensysteme Europas moderate Mehrparteiensysteme sind (Mair 2002). Aus diesem Grund wird für die Analyse des estnischen Parteiensystems das detaillierte Klassifikationsschema von Siaroff (2000) angewendet,

² Laut Sartori ist eine Partei, die über Koalitionspotential verfügt oder deren Verhalten potentiell auch andere Parteien im System beeinflusst, relevant. In der Regel werden Parteien, die bei der Wahl mindestens drei Prozent der Wählerstimmen auf sich vereinigen als relevante Parteien angesehen.

welches eine Unterscheidung zwischen mehreren verschiedenen Mehrparteiensystemen ermöglicht.³

In der Regel wird bei der Analyse der Parteiensysteme nicht nur die Zahl der Parteien und deren Gewicht im Parteiensystem betrachtet. Es werden ebenfalls Aspekte thematisiert, die sich auf den institutionellen Rahmen des Parteienwettbewerbs, das Verhältnis zwischen den Parteien und der Gesellschaft, das Wahlverhalten und die Parteiorganisation beziehen (siehe z.B. Mair 1998; Broughton, Donovan 1999; Kitschelt 1999; Lewis 2000; Jungerstam-Mulders 2006). Diese Faktoren finden ebenso Berücksichtigung in dieser Abhandlung.

PARTEIENSYSTEME UND PARTEIEN MITTEL- UND OSTEUROPAS – INWIEWEIT UNTERSCHIEDEN SIE SICH VON IHREN WESTLICHEN GEGENSTÜCKEN?

Es wurde schon öfter der Versuch unternommen, die Parteiensysteme Mittel- und Osteuropas mit ihren westlichen Gegenstücken zu vergleichen und man ist zum allgemeinen Befund gekommen, dass diese zwei Teile Europas hinsichtlich der Charakteristika des Parteienwettbewerbs, des Kontexts, des Wahlverhaltens und der Parteiorganisationen eher unterschiedlich sind (Jungerstam-Mulders 2006; Lane, Ersson 2007; Mair 1998; Rose, Munro 2003).

Erstens ist das Verhältnis zwischen den Parteien und den Wählern in Mittel- und Osteuropa wesentlich instabiler als im Westen – die Wähler ändern häufiger ihre Parteipräferenzen, indem sie bei einer Wahl für die eine Partei stimmen, bei der nächsten jedoch eine andere unterstützen. Daher ist auch die Wählervolatilität dreimal höher als in Westeuropa (Gallagher *et al.* 2005; Sikk 2005; Lane, Ersson 2007; Tavits 2008).

Zweitens sind die Parteiensysteme in mittel- und osteuropäischen Staaten auch innerlich viel instabiler: die Parteien fusionieren und

³ Siaroff geht bei seiner Klassifikation der Parteitypen von den folgenden Kriterien aus: (a) die Zahl der systemrelevanten Parteien, (b) wie viele Mandate bekommen die zwei größten Parteien in der Volksvertretung insgesamt, (c) das Verhältnis der Parlamentsmandate der Parteien die bei der Wahl den ersten und den zweiten Platz belegen, (d) das Verhältnis der Parlamentsmandate der Parteien die bei der Wahl den zweiten und den dritten Platz belegen. Davon ausgehend unterscheidet Siaroff zwischen acht Typen des Parteiensystems: (1) klassisches Zweiparteiensystem, (2) Zweieinhalbparteiensystem, (3) moderates Mehrparteiensystem mit einer dominierenden Partei, (4) moderates Mehrparteiensystem mit zwei dominierenden Parteien, (5) moderates Mehrparteiensystem, in dem unter den Parteien ein Gleichgewicht herrscht, (6) extremes Mehrparteiensystem mit einer dominierenden Partei, (7) extremes Mehrparteiensystem mit zwei dominierenden Parteien, (8) extremes Mehrparteiensystem, in dem unter den Parteien Gleichgewicht herrscht.

trennen sich, es kommen neue Parteien auf die politischen Bühne etc. Die Parteienlandschaft befindet sich im kontinuierlichen Wandel, weshalb eine Konsolidierung oder Stabilität nicht zu erkennen ist. (Lewis 2001; Lewis 2007; Rose, Munro 2009). Zumeist sind die Parteiensysteme Mittel- und Osteuropas fragmentierter als im Westen – es finden sich viele kleine und mittelgroße Parteien, während sich der Parteienwettbewerb im Westen eher auf einige wenige konzentriert. (Bakke, Sitter 2005; Lewis 2006).

Drittens basiert die Parteipolitik der postkommunistischen Staaten nicht so stark auf sozioökonomischen Differenzen wie im Westen, wo der Klassenunterschied die zentrale Kraft darstellt, die den Parteienwettbewerb strukturiert (Kitschelt 1995; Lawson *et al.* 1999; Sitter 2002; Whitefield 2002; Tavits 2005). In der Politik Mittel- und Osteuropas dagegen sind die Klassenunterschiede nur bedingt relevant. Viel eher dominieren Werteunterschiede, die sich zeitabhängig wandeln und in der Gesellschaft lediglich schwach gefestigt sind. (Tóka 1998).

Viertens spielen die politischen Ideologien und die weltanschauliche Konfrontation im Parteienwettbewerb Mittel- und Osteuropas eine geringere Rolle als in Westeuropa (Lewis 2000; Hloušek, Kopeček 2010). Daher fällt es schwer, die osteuropäischen Parteien auf die klassischen ideologischen Parteienfamilien (die Liberalen, die Konservativen, die Sozialdemokraten etc.) herunterzubrechen. Die Europäisierung und der Zutritt der Parteien in die sogenannten „Europaparteien“ hat mehr Klarheit in dieses Gebiet gebracht (Lewis, Mansfeldová 2006).

Fünftens muss angemerkt werden, dass die Parteien Mittel- und Osteuropas in der Gesellschaft schwächer verankert sind und daher über relativ geringe Mitgliederdichten verfügen (Mair, Biezen 2001; Biezen *et al.* 2009). Zudem sind die Parteien der postkommunistischen Länder wesentlich enger mit dem Staat verbunden. Sie sind von der staatlichen Finanzierung und weiteren staatlichen Ressourcen abhängig, weswegen sie in ihrem Charakter dem Modell der Kartellparteien sogar eher entsprechen als die Parteien Westeuropas (Kopecký 2006, 2008; Biezen, Kopecký 2007; Roper, Ikstens 2008).

Sechstens gingen die Parteien Mittel- und Osteuropas in der Regel aus unterschiedlichen parlamentarischen Gruppierungen hervor und erscheinen daher ziemlich elitenzentriert. Auch hier gibt es einen deutlichen Unterschied zu Westeuropa, wo die Parteien aus dem gesellschaftlichen Fundament entstanden sind – der Zivilgesellschaft (Biezen 2003, 2005). Die Parteiorganisationen in den Staaten Mittel- und Osteuropas sind oftmals hierarchischer aufgebaut, führungsorientierter und intern weniger demokratisch organisiert als ihre westeuropäischen Pendanten (Biezen 2000).

Ebenso kann vermerkt werden, dass die Parteiorganisationen in den postkommunistischen Staaten weniger institutionalisiert sind und durch ein schwächeres Netzwerk der Zweigorganisationen unterstützt werden als in den Demokratien Westeuropas (Lewis 1996; Enyedi, Szczerbiak 2001; Biezen 2003; Linek 2008). Dennoch unterscheidet sich die Lage in dieser Hinsicht stark von Staat zu Staat und sogar von Partei zu Partei.

Im gewissen Umfang folgt Estland dem Haupttrend Mittel- und Osteuropas. Wie sich im Laufe der vorliegenden Untersuchung zeigt, enthält der estnische Fall jedoch mehrere Spezifika.

DER ANFANG DER ENTWICKLUNGSGESCHICHTE DES ESTNISCHEN PARTEIENSYSTEMS UND DIE ENTSTEHUNGSQUELLEN DER PARTEIEN 1988–1991

Bei der historischen Klassifizierung der Parteien kann in Mittel- und Osteuropa von fünf Parteitypen ausgegangen werden: (1) Nachfolgeorganisationen der kommunistischen Parteien, (2) ehemalige Satellitenparteien (Parteien, die auch in der Sowjetzeit offiziell existierten, aber in erster Linie als Satelliten der Kommunistischen Partei dienten und über keinen realen Einfluss verfügten), (3) historische, reetablierte Parteien (Parteien der Zwischenkriegszeit die erneut gegründet wurden), (4) Parteien, die aus der Unabhängigkeitsbewegung hervorgegangen sind, (5) völlig neue Parteien (Kostelecký 2002).

Im Hinblick auf die estnischen Parteien wird etwas Bemerkenswertes deutlich – nur die zwei letztgenannten Parteitypen waren erfolgreich. In der Parteienlandschaft blieben folglich jene erhalten, die entweder aus der Unabhängigkeitsbewegung hervorgingen (z.B. Estnische Zentrumspartei, Pro Patria Union, Sozialdemokratische Partei) oder völlig neu waren (z.B. Estnische Reformpartei, Res Publica). Estland und Lettland sind die einzigen Länder Mittel- und Osteuropas, wo die Nachfolgeorganisationen der Kommunistischen Partei fast keinen Erfolg hatten (Bozóki, Ishiyama 2002; Grzymala-Busse 2002). In Estland kann die Estnische Sozialdemokratische Arbeiterpartei⁴ (Eesti Sotsiaaldemokraatlik Tööpartei) mit dem heutigen Namen Estnische Vereinte Linkspartei (Eestimaa Ühendatud Vasakpartei) als solche gesehen werden. Sie hat aber nur eine marginale Rolle in der estnischen Politik gespielt. Ihr bestes Wahlergebnis erreichte sie im Jahr 1999, als sie zwei Sitze im Riigikogu errang. Diese estnischen Entwicklungen

⁴ 1992 bis 1998 hieß die Partei „Eesti Demokraatlik Tööpartei“, ab 1998 „Eesti Sotsiaaldemokraatlik Tööpartei“ und 2004 bis 2008 „Eesti Vasakpartei“. Seit 2008 trägt sie den Namen „Eestimaa Ühendatud Vasakpartei“. 2012 wurde mit den Verhandlungen für die Fusion mit Keskerakond angefangen.

stehen in starkem Kontrast zu den bemerkenswerten Erfolgen der Nachfolgeparteien z.B. in Ungarn, Slowakei, Polen, Litauen und Rumänien.

Auch die wieder gegründeten, historischen Parteien haben es nicht geschafft sich auf der politischen Ebene Estlands zu etablieren (z.B. Põllumeeste Kogu – Die Bauerunion), im Unterschied z.B. zu Litauen, wo mehrere Parteien diesen Typus in den 1990er ziemlich einflussreich waren (Krupavičius 2005).

Die Geschichte der Wiedergründung estnischer Parteien begann im August 1988 mit der Gründung der Partei der Nationalen Unabhängigkeit Estlands (Eesti Rahvusliku Sõltumatuse Partei, ERSP). Selbige war eine der ersten in der Sowjetunion gegründeten Dissidentenparteien (Taagepera 1993; Nørgaard 1999; Toomla 1999).

Dennoch wurde die ERSP nicht zur tragenden Kraft der Singenden Revolution. Eine viel wichtigere Rolle kam unterschiedlichen politischen Gruppierungen, wie z.B. der Volksfront (Rahvarinne, gegründet im Oktober 1988), der Bewegung der Bürgerkomitees (Kodanike Komiteede liikumine, 1989–1990) und der kremlinahen Interbewegung (Interliikumine, gegründet im Juli 1988) zu. In den Jahren 1988–1991 hatten diese Gruppierungen, die erst später zum Nährboden der politischen Parteien wurden, die größte politische Macht in Estland inne. In dieser Hinsicht war Estland sicher keine Ausnahme, weil Massenbewegungen, die Demokratie und Unabhängigkeit anstrebten, in der Periode der Samtenen Revolution⁵ auch in anderen Ländern Mittel- und Osteuropas die tragenden Kräfte darstellten (Kaldor, Vejvoda 1999).

Taagepera (1993) unterscheidet zwischen fünf verschiedenen politischen Gruppierungen, den in den Jahren 1988–1991 in der estnischen Politik eine mehr oder weniger bedeutende Position zukam: (1) die Vereinigungen der Gegner der estnischen Unabhängigkeit, die sich um die Interbewegung konzentrierten, (2) Reformkommunisten, die aus der Kommunistischen Partei Estlands (Eestimaa Kommunistlik Partei, EKP) hervorgingen und sich später keinen weiteren Bewegungen oder Parteien angeschlossen haben, (3) die Volksfront samt der aus ihr entstandenen unterschiedlichen politischen Vereinigungen, (4) die mit dem Estnischen Kongress (Eesti Kongress) und den Bürgerkomitees verbundenen nationalradikalen Parteien und Gruppierungen, (5) andere Vereinigungen, die eher dem rechten Flügel bzw. dem Zentrum zugehörig sind, z.B. die Bewegung der Grünen, Frauenverband (Naisliit) und die Partei der Unternehmer (Ettevõtjate Erakond).

⁵ Anmerkung der Redaktion: Die Autoren verwenden den Begriff „Samtene Revolution“ für diverse politische Transformationen in Mittel- und Osteuropa, über die Grenzen der Tschechoslowakei hinaus.

Zum fruchtbaren Boden für die Entwicklung der Parteien etablierten sich nur zwei von ihnen: die Volksfront und die Bewegung der Bürgerkomitees (siehe Tabelle 1). Aus der Volksfront ist die heutige Estnische Zentrumspartei (Keskerakond) direkt hervorgegangen. Ihre indirekten Wurzeln haben auch die Sozialdemokraten in der Volksfront (Sotsiaaldemokraatlik Erakond, SDE). Aus der Bewegung der Bürgerkomitees entstanden mehrere rechtsorientierte Parteien, die 1992 zur Isamaa (Pro Patria) fusionierten, woraus die spätere Pro Patria Union, sowie die Pro Patria und Res Publica Union (IRL) hervorgingen. Es wird damit deutlich, dass jene intermediären Strukturen, die ihre Basis in der Unabhängigkeitsbewegung haben, die Hauptentstehungsquelle der estnischen Parteien darstellen.

Tabelle 1. Die Hauptentstehungsquellen der estnischen Parteien

Partei	Organisatorischer und gesellschaftlicher Hintergrund der Gründer und der Hauptfiguren	Parteityp gemäß der Entstehungsquelle
Keskerakond (Estnische Zentrumspartei)	Estnischer Volksfront, Politiker unterschiedlichen Hintergrunds (Dissidenten, schaffende Intelligenz, Politiker mit einem Hintergrund der Kommunistischen Partei)	Basiert auf der Unabhängigkeitsbewegung.
IRL (Pro Patria und Res Publica Union)	Isamaaliit – Eesti Komiteede liikumine (die Bewegung der estnischen Bürgerkomitees, hauptsächlich Dissidenten, schaffende Intelligenz und antikommunistisch gesinnte junge Menschen des rechten Flügels); Res Publica – gleichnamige Jugendorganisation des rechten Flügels)	Eine Mischung aus einer auf der Unabhängigkeitsbewegung basierenden Partei (Isamaaliit) und einer neuen Partei (Res Publica)

Gründungsjahr und Partei/Bewegung aus der die Partei hervorgegangen ist	Die Geschichte der Partei (Hauptfusionen und Namenswechsel)
1991 auf Basis der Estnischen Volksfront	Hat 1991–1993 den Namen Eesti Rahva-Keskerakond (Zentrumspartei des Estnischen Volkes) getragen, trägt seit 1993 den heutigen Namen. Fusionierte 1994 mit Eesti Ettevõtjate Erakond (Partei Estnischer Unternehmer) mit Keskerakond, 1998 traten Eesti Rohelised (Estnische Grünen) und 2004 Eesti Pensionäride Erakond (Partei Estnischer Rentner) mit Keskerakond zusammen.
1992 wurde Rahvuslik Koonderaakond Isamaa (Nationaler Koalitionspartei Pro Patria) durch einen Zusammenschluss von fünf nationalkonservativen Parteien gegründet; Res Publica wurde 2001 gegründet.	1995fusionierten Rahvuslik Koonderaakond Isamaa (Nationaler Koalitionspartei Pro Patria) und Eesti Rahvusliku Sõltumatus Partei (Die Partei der Nationalen Unabhängigkeit Estlands, ERSP), fortan trug die Partei den Namen Isamaaliit (Pro Patria Union); 2006 fusionierten Isamaaliit und Res Publica und die neue Partei bekam ihren heutigen Namen.

Reformierakond (Estnische Reformpartei)	Kleinparteien und Vereinigungen des rechten Flügels; Politiker unterschiedlichen Hintergrunds (sowohl aktive Teilnehmer der Unabhängigkeitsbewegung als auch Politiker mit einem Hintergrund in der kommunistischen Partei)	Neue Partei
Sotsiaaldemokraatlik Erakond (Sozialdemokratische Partei)	Estnischer Volksfront und die Bewegung der estnischen Bürgerkomitees; Politiker unterschiedlichen Hintergrunds (schaffende Intelligenz, Wissenschaftler, Fachleute etc.)	Basiert auf der Unabhängigkeitsbewegung
Eestimaa Rahvaliid (Estnische Volksunion)	Als Resultat einer Fusion der ländlichen Parteien; vor allem die sowjetische Elite der ländlichen Gegenden.	Neue Partei
Eestimaa Rohelised (die Grünen Estlands)	Aktive Teilnehmer der grünen Bewegung – Rohelise Erakonna Algatusgrupp (NRO Gründungsgruppe der grünen Partei); vor allem Fachleute mit naturwissenschaftlichem Hintergrund.	Neue Partei
Koonderakond (Estnische Koalitionspartei)	Eine Mischung aus Menschen mit sehr unterschiedlichem Hintergrund (sowjetische Industrienomenklatur, Politiker, die den anderen Unabhängigkeitsbewegungen nicht zugehört sind etc.)	Neue Partei

1994 fusionierten Eesti Liberaalne Rahvapartei (Liberaler Volkspartei Estlands) und Eesti Vabad Demokraadid (Freien Demokraten Estlands) miteinander, mit ihnen trat auch die um Siim Kallas gesammelte Gründungsgruppe einer neuen Partei zusammen.	1994–1995 trug den Namen Eesti Reformierakond – Liberaalid (Estnische Reformpartei – die Liberalen), trägt seit 1995 den heutigen Namen; größere Fusionen und Aufspaltungen hat es nicht gegeben.
1990 Eesti Sotsiaaldemokraatlik Partei (Estnische Sozialdemokratische Partei, Vorgängerorganisation der heutigen SDE)	1996 fusionierten Eesti Sotsiaaldemokraatlik Partei (Estnische Sozialdemokratische Partei) und Eesti Maa-Keskerakond (Estnische Land-Zentrumspartei), die neue Partei trug den Namen Mõõdukad (Die Moderaten); 1999 fusionierten Mõõdukad mit Rahvaerakond (Volkspartei), die neue Partei trug den Namen Rahvaerakond Mõõdukad (Die Volkspartei Moderaten), trägt den heutigen Namen seit 2004.
2000 fusionierten Eesti Maaliit (Estnische Landesunion, gegründet 1989), Eesti Maarahva Erakond (Estnische Bauernpartei, gegründet 1994) und Eesti Pensionäride ja Perede Erakond (Partei der Estnischer Rentner und Familien, gegründet 1991) zur Estnischer Volksunion	2012 nannte die Partei sich um in Eesti Konservatiivne Rahvaerakond (Estnische Konservative Volkspartei) um.
2006 wandelte sich die Gründungsgruppe der Grünen Partei in die Partei die Grünen Estlands	
Gegründet 1991, die Partei stellte ihre Tätigkeit 2002 ein.	Nahm 1992 als Teil des Wählerverbands Kindel Kodu (Sichere Heimat) an der Wahl teil; nahm 1995 als Teil des Wählerverbands Koonderakond ja Maarahva Ühendus (Estnische Koalitionspartei und Verband des Landesvolkes, KMÜ) an der Wahl teil.

Quelle: Toomla 1999, 2009; Erakonnad info: <http://www.erakonnad.info>

Die Interbewegung wurde 1991 verboten, weshalb die später in Estland entstandenen russischen Parteien sicher nicht direkt mit ihr zusammenhängen. Wie bereits erwähnt haben die Reformkommunisten es nicht geschafft, eine überlebensfähige Nachfolgepartei zu gründen, weswegen die meisten Mitglieder später anderen Parteien beigetreten sind. In dieser Beziehung ist anzumerken, dass ein nicht unerheblicher Teil von Politikern mit einer Vergangenheit in der kommunistischen Partei später der Estnischen Koalitionspartei und der Estnischen Reformpartei beitraten. Dabei handelte es sich überwiegend um keine hohen Funktionäre, sondern entweder um gewöhnliche Mitglieder oder solche mittleren Ranges. Unter den Gründern der Reform- und der Koalitionspartei befanden sich daneben auch mehrere Akteure mit Herkunft in der Unabhängigkeitsbewegung (Estnischer Kongress, Volksfront). Die Elite der ländlichen Gebiete (diejenigen die in den Kolchosen und Sowchosen eine leitende Position inne hatten) wurden hingegen zum Kern der neuen Landparteien (spätere Estnische Volksunion – Rahvaliid).

Bei der genaueren Analyse der estnischen Parteien und ihren Mitgliedern stößt man jedoch auf Schwierigkeiten, weil mehrere Parteifusionen stattgefunden haben und die Mitglieder der Parteien im Endeffekt aus sehr unterschiedlichen Richtungen kommen. Aus diesem Grund müssen auch die in der Tabelle 1 erläuterten Feststellungen als grobe Verallgemeinerungen angesehen werden. Sie gelten für den Kern, der die Partei gegründet und geleitet hat, aber nicht für alle Mitglieder.

Die Welle der Parteiengründungen startete in Estland hauptsächlich in den Jahren 1989 bis 1990. Die meisten Parteien gingen aus dem estnischen Obersten Sowjet (Ülemnõukogu), die 1990 zum ersten Mal demokratisch gewählt wurde, sowie den Fraktionen (Parlamentariergruppen) des Estnischen Kongresses hervor. Besonders ergiebig dafür war die Parlamentariergruppe der Volksfront im Obersten Sowjet, auf deren Fundament mehrere neue Parteien entstanden. Der Prozess der Parteigründung erfährt sehr schnell eine hohe Dynamik. So existierten im Frühling 1990 bereits ungefähr 30 politische Gruppierungen und Parteien (Toomla 1999). Als überlebensfähig erwiesen sich zweifelsohne nur wenige. Die Mehrheit gab ihre Tätigkeit langsam auf oder fusionierte zu größeren Parteien oder Wählerverbänden.

In einer Analyse der Wahlergebnisse der Parteien, sowie unterschiedlicher Bewegungen, wird deutlich, dass die Volksfront, die 1990 bei der Wahl des Obersten Sowjets die meisten Wählerstimmen auf sich vereinte, im Volk am populärsten war. Dennoch gelang es ihr nicht, ihre Position im Obersten Sowjet beizubehalten, da auf Grund der lockeren Parteidisziplin viele Abgeordnete in andere Fraktionen

wechselten (Toomla 1999). Im Estnischen Kongress dagegen wurden die ERSP, sowie einige kleinere Vereinigungen und Parteien des rechten Flügels zur dominierenden Kraft (Taagepera 1993).

DIE ESTNISCHEN PARTEIEN IN EINEM INSTITUTIONELLEN RAHMEN

Um zu verstehen, wie sich das estnische Parteiensystem entwickelt hat, ist es ebenfalls notwendig die zentralen institutionellen Rahmenbedingungen zu beobachten, die sich auf das Wahlsystem, die Finanzierung und den für die Parteien gültigen gesetzlichen Rahmen beziehen.

WAHLSYSTEM

In Estland wird der Riigikogu in einer Verhältniswahl mit Personenstimmen gewählt. Die Sitze im Parlament teilen sich auf drei Ebenen: Direktmandate, Wahlkreismandate (Listenmandate) und Überhangsmandate (Pettai, Kreuzer 2001; Birch 2002; Mikkel, Pettai 2004;). Die Komplexität des Wahlsystems resultiert aus dem Diskurs der politischen Akteure während der Beratung zum Wahlgesetz 1992. Ein Teil von ihnen befürwortete eher die Mehrheitswahl, der andere die klassische Verhältniswahl (Pettai 2001). Schließlich wurde ein Kompromiss erzielt, bei dem die Charakteristika einer Verhältniswahl überwiegen, jedoch mit den Direktmandaten eine Komponente der Mehrheitswahl Anwendung findet.

Einerseits kann behauptet werden, das estnische Wahlsystem mit seiner Fünf-Prozent-Hürde und dem Sitzzuteilungsverfahren sei eventuell diskriminierend gegenüber kleineren Parteien.. Andererseits ist die Fünf-Prozent-Hürde in Europa weit verbreitet und aus politikwissenschaftlicher Sicht in ihrer Höhe vertretbar (Farrell 2001; Gallagher *et al.* 2005).

Die Verhältniswahl und die moderate Hürde haben in Estland eher zur Repräsentation kleinerer und mittlerer Parteien beigetragen. Eine hohe Konzentration der Wählerstimmen in zwei oder drei größeren Parteien ereignete sich nicht. Aus diesem Grund hat das Wahlsystem eine Rolle dabei gespielt, dass die Parteienlandschaft in der Zeit nach der Wiedererlangung der Unabhängigkeit, genauso wie in vielen anderen postkommunistischen Ländern mit einem Verhältniswahlsystem, mäßig fragmentiert ist. (Birch 2003; Mikkel, Pettai 2004)

Zwar haben nach 1992 keine grundsätzliche Veränderungen des Wahlsystems stattgefunden, aber es wurden kleinere Änderungen verabschiedet (1995 und vor allem 2003), die dazu dienen, das Gewicht

der Listenmandate zu erhöhen und die Chance zu verringern, nur mit einer kleinen Stimmenzahl über Überhangmandate ein Sitz im Parlament zu bekommen (Toomla 2011).

PARTEIENFINANZIERUNG

Bei der Parteienfinanzierung gibt es ohne Zweifel unterschiedliche aktuelle Aspekte, welche die Tätigkeiten der Parteien beeinflussen. Für ihre Finanzierung entschied man sich schon 1994, als an der Parteiengesetzgebung gearbeitet wurde, fast einstimmig für ein Modell der staatlichen Zuwendung (Arjakas 2002).

Die Finanzierung der Parteien aus dem Staatsaushalt ist in den letzten Jahrzehnten in Europa zur Norm geworden. Dies gilt auch für Mittel- und Osteuropa, wo die Parteien sogar stärker finanziell vom Staat unterstützt werden als im Westen (Koss 2011; Biezen 2004; Biezen, Kopecký 2007). In den 1990er blieb die Finanzierung aus dem Staatsaushalt jedoch eher gering im Vergleich zu den finanziellen Mitteln, die an die Parteien von Privatpersonen gespendet wurden. Eine bahnbrechende Veränderung fand am 1. Januar 2004 statt, als ein Gesetz in Kraft trat, das den Parteien dreimal soviel finanzielle Unterstützung zukommen ließ wie zuvor und die Finanzstabilität der Parteien sofort entscheidend verbesserte (Sikk 2004, 2008; Sikk, Kangur 2008). Für die Berechnung der staatlichen Finanzierung wurde die Anzahl der Parlamentsmandate als Formel herangezogen, was die größeren und kleineren Parteien in eine unausgeglichene Lage versetzt. Aus diesem Grund unterscheiden sich die finanziellen Mittel, die aus dem Staatsaushalt in die Parteien fließen, in mehrerer Hinsicht. Obwohl zunächst keine Unterstützung an außerparlamentarische Parteien vorgesehen wurde, hat auch diese Gruppe gemäß einer späteren Gesetzesänderung eine kleinere finanzielle Unterstützung aus dem Staatsaushalt angeboten bekommen. (Dies gilt jedoch nur für Parteien, die bei der neusten Wahl mindestens ein Prozent der Wählerstimmen bekommen haben.) Parallel zu der Erhöhung der finanziellen Unterstützung aus dem Staatsaushalt hat der Riigikogu Spenden von Privatunternehmen verboten. Fortan sind nur Spenden von natürlichen Personen zugelassen. Dem Finanzierungssystem wurden auch weitere Grenzen gesetzt, beispielsweise dürfen jetzt nur Mitglieder einer Partei für deren Kredite bürgen.

Das heutige Modell für die Parteienfinanzierung hat in Estland schon fast acht Jahre Bestand. So wie jedes Finanzierungsmodell, beeinflusst auch dieses die Funktionsweise der Organisationen auf vielfältige Art und Weise. Positiv kann sicher die angemessene finanzielle Absicherung der Parlamentsparteien hervorgehoben werden, wenngleich eingewendet werden muss, dass mehrere Parteien trotz der großzügigen

Unterstützung aus dem Staatshaushalt nach der Wahl von 2007 und 2011 in finanzielle Schwierigkeiten geraten sind. Einerseits könnte es an den noch nicht festgelegten Grenzen für die Ausgaben bezüglich der Wahlkampagnen liegen. Andererseits – und wahrscheinlich von größerer Bedeutung – gilt es daran zu erinnern, dass die politische Landschaft in Estland immer noch nicht endgültig konsolidiert ist. Das hat die Parteien ständig unter finanziellen Druck gesetzt, weil sie um ihr Dasein kämpfen mussten (Kangur 2009). Fördernd für die demokratische Entwicklung ist sicher auch die Tatsache, dass die Parteien in ihren Handlungen nicht von ihren Geldgebern abhängig sind. Verglichen mit unserem südlichen Nachbarn Lettland, wo sie keine Unterstützung aus dem Staatshaushalt bekommen, mag dieser Umstand ein entscheidender Aspekt bei der qualitativen Entwicklung der estnischen Demokratie sein.

Neben den eben erwähnten positiven Eigenschaften hat ein Finanzierungsmodell, bei dem der Staat eine zentrale Rolle einnimmt, diverse Nachteile. Zu den Hauptgefahren gehört die mögliche Kartellisierung der Parteien, wobei sich sogenannte „Staatsparteien“ herauskristallisieren. Als Resultat dieses Trends entsteht Ignoranz und Gleichgültigkeit im Umgang mit Interessenvertretungen, was wiederum zu einer politischen Stagnation führen kann. In den bisherigen Studien ist dennoch kein direkter Zusammenhang zwischen der Erhöhung der staatlichen Unterstützung und der Kartellisierung der Parteien nachgewiesen worden. In einigen Staaten hat die größere finanzielle Unterstützung aus dem Staatshaushalt eine Verringerung der Parteienzahl mit sich gebracht, in anderen wiederum einen Anstieg (Scarrow 2006). Im Fall Estland ergibt sich jedoch folgendes Bild: Hier, wo den außerparlamentarischen Parteien nur sehr wenige Mittel aus dem Staatsaushalt zukommen und die Spenden aus Unternehmen verboten sind, gestalten sich Parteineugründungen eher schwierig. Ein allgegenwärtiges Thema ist in den letzten zwanzig Jahren die Kontrolle über die Parteienfinanzierung gewesen. Die ständige öffentliche Diskussion über dieses Thema, die Unzufriedenheit seitens der Medien und die weiterhin niedrige Vertrauensquote gegenüber den Parteien verdeutlichen, dass bisher kein Konsens erreicht worden ist, der eine klare gesellschaftliche Akzeptanz finden würde. Die letzte Gesetzesänderung über die Kontrolle der Parteienfinanzierung wurde erst 2011 verabschiedet. Dieses Gesetz legt einige striktere Kontrollmechanismen fest, wie beispielsweise eine Kommission, welche die finanziellen Angelegenheiten und die Kampagnen der Parteien prüft. Die Grundsätze der Parteienfinanzierung aus dem Staatshaushalt blieben jedoch unverändert.

WEITERE WESENTLICHE REGELUNGEN

Für die Kontroverse über die Regelungen der Organisation und Funktion von Parteien, sollen an dieser Stelle noch zwei am Ende der 1990er Jahre verabschiedeten Gesetzesänderungen kurz erwähnt werden. 1999 kam ein Beschluss zustande, mit dem die Wählerverbände der Parteien für die Wahl des Riigikogu verboten wurden (Sikk, Kangur 2008). Eine weitere wesentliche Veränderung stellte die 1998 in Kraft getretene Gesetzesänderung dar. Mit dieser ist vorgesehen, dass eine Organisation sich erst dann als Partei registrieren lassen kann, wenn sie über mindestens 1000 Mitglieder verfügt. Der Einfluss der beiden Modifikationen war groß. Die Tausend-Mitglieder-Hürde erschwerte die Gründung neuer Parteien. Das Verbot der Wählerverbände marginalisierte die schwächeren und kleineren Parteien sehr schnell. Die beiden Regelungen trugen einerseits zur Entstehung eines klareren Parteienwettbewerbs und zur Verringerung der Fragmentierung bei, andererseits verhinderten sie gewissermaßen die pluralistische Parteienkonkurrenz durch die Verankerung größerer Hindernisse für Neugründungen.

Für den institutionellen Rahmen des estnischen Parteienwettbewerbs und für seine Entwicklung lassen sich zwei Tendenzen feststellen: (1) generell entspricht die Entwicklung in Estland ziemlich genau dem Prozess, der von Richard Katz und Peter Mair (1995) als Phänomen der Kartellisierung der Parteien beschrieben wird: Die Parteien einigen sich auf institutionellen Spielregeln (z.B. die Parteienfinanzierung), von denen sie selber ausgehen und die gleichzeitig als Barriere für neue politische Akteure dienen; (2) die institutionellen Regeln sind im Laufe der Zeit konkreter, sowie begrenzender geworden und begünstigen vor allem die größeren, in ihren Positionen gesicherten, Parteien während sie den Handlungskorridor der anderen einschränken. Auf die Kartellisierung des Parteiensystems in Estland haben auch andere Autoren aufmerksam gemacht (z.B. Sikk 2003). Besonders deutlich kam das Phänomen im Zusammenhang mit den Finanzierungsregeln für die Parteien in der ersten Dekade des 21. Jahrhunderts zum Vorschein. Ein vollständiges Verhindern des Eintritts neuer Parteien in das System durch das sogenannte Kartell kann allerdings nicht festgestellt werden. Der relativ große Erfolg der Grünen im Jahr 2007 zeigte, dass das Verhältniswahlssystem, eine nicht allzu hohe Hürde und ein unterstützendes gesellschaftliches Umfeld den neuen Parteien einen Vorsprung ermöglichen, ungeachtet der eingegrenzten Möglichkeiten der Parteienfinanzierung und -gründung.

Dabei darf die Kartellisierung nicht ausschließlich als negativer Prozess gesehen werden. Parallel zur ihr sind die Stabilisierung der Parteienlandschaft und die Institutionalisierung des

Parteienwettbewerbs vorangeschritten, was in erster Linie dank der unterstützenden Entwicklungen durch die Kartellisierung geschehen ist. Die institutionellen Regeln, die mittels des Finanzierungsmechanismus, der Abschaffung der Wählerverbände und weiterer Begrenzungen den freien Wettbewerb eingegrenzten, haben selbigen auch greifbarer, einschätzbarer und stabiler gemacht. Kurz gefasst: Die Kartellisierung ist der Preis gewesen, der für die Konsolidierung des Parteiensystems bezahlt werden musste.

DIE EVOLUTION DES ESTNISCHEN PARTEIENSYSTEMS

Zeitalter der Wählerverbände: 1992–1998

Die Jahre 1992 bis 1998 waren aus evolutionärer Perspektive des estnischen Parteiensystems sehr dynamisch. Dasselbe gilt ebenso für andere Länder Mittel- und Osteuropas (Tóka 1998; Kitschelt 1999; Lewis 2000 etc.).

In diesen Zeitraum fallen zwei Wahlen zum Riigikogu (1992 und 1995), bei denen sich die Struktur der Wahlgewinner sowie der an der Wahl teilnehmenden Parteien stark unterscheidet (siehe Tabelle 1). Dennoch können die aus verschiedenen Parteien zusammengestellten Wählerverbände als verbindendes Element gesehen werden. Statt einzelner Parteien dominierten sie die Wahlen, welche sie 1992 und 1995 auch gewannen. Während die Zulassung der Wählerverbände den Parteienwettbewerb unter gleichen Bedingungen unklarer gemacht hat, haben viele heutige estnische Parteien ihre Wurzeln entweder direkt oder indirekt in Wählerverbänden (z.B. Estnische Volkunion, Sozialdemokratische Partei, indirekt gilt dies auch für die Pro Patria Res Publica Union). Das bedeutet, dass viele der damaligen Wählerverbände sich in überlebensfähige Parteien transformiert haben, wobei es auch politische Kräfte gab, denen es nach Aufspaltung bzw. dem Verbot der Wählerverbände nicht gelungen ist, als selbständige Partei erhalten zu bleiben. Ein gutes Beispiel dafür ist die Estnische Koalitionspartei, die in der zweiten Hälfte der 1990er eine dominante Rolle in der estnischen Politik spielte.

Die Wahlen von 1992 waren die ersten demokratischen Wahlen der Volksvertretung in Estland, bei denen keine Staatsversammlung einer Übergangszeit (Oberster Sowjet, Estnische Komitees), sondern das Parlament eines unabhängigen Staates gewählt wurde. Sie wurde vom Wählerverband Pro Patria (Isamaa) gewonnen. Dieser bestand aus fünf nationalkonservativen Parteien, von denen vier 1992 zur Nationalen Koalitionspartei Pro Patria (Rahvuslik Koondrakond Isamaa) fusionierten. Trotz der Vielzahl von neu gruppierten oder aus der politischen Landschaft Estlands verschwunden Parteien,

Interessenvertretungen und Wählerverbände, kann festgestellt werden, dass die Vorgänger der heutigen Parteien schon damals in ihrer rudimentären Form stark waren: Pro Patria, die Vorgängerorganisation der IRL (Pro Patria und Res Publica Union) und Isamaaliit (Pro Patria Union); die Moderaten, aus denen die heutige Sozialdemokratische Partei hervorgegangen ist; und die Volksfront, welche später zur Estnischen Zentrumsparterie wurde. Ebenso war in Ansätzen die Hauptkonfliktlinie des Parteienwettbewerbs zu erkennen, die in gewissen Maße in der estnischen Politik bis heute existiert: Gruppen, die eine strikte Position gegenüber der russischen Frage aufweisen, die sowjetische Vergangenheit kritisch sehen und radikale rechtliberale Wirtschaftsreformen befürworten (in erster Linie die damalige Partei Pro Patria) *versus* Gruppen, die nach einem Kompromiss in der russischen Frage suchen, die sowjetische Vergangenheit weniger kritisch sehen und moderate Wirtschaftsreformen befürworten (Estnische Zentrumsparterie, später auch KMÜ).

Die Wahl von 1992 wird durch einen beträchtlichen Erfolg der radikalen (nationalen) Kräfte, z.B. des Wählerverbands Estnischer Bürger (Eesti Kodanik) sowie einer recht starken Unterstützung der antipolitischen und antiparteiischen Verbänden charakterisiert (Mikkel 2006; Toomla 1999). Letztere wurden vor allem durch die Monarchisten (Kuningriiklased, sieben Prozent der Wählerstimmen) vertreten, die vielmehr mokante Kritik an dem bestehenden Parteiensystem übten, als tatsächlich für die Konstruktion eines monarchistischen Staates plädierten. Weder die nationalradikalen noch die antiparteiischen Kräfte haben später in Estland so einen großen Erfolg verbuchen können wie bei der ersten Wahl des Riigikogu.

Tabelle 2. Parteien und Wahlen. Wahlergebnisse in Prozent (Zahl der Parlamentsmandate)

Partei	1992	1995	1999	2003	2007	2011
Keskerakond	12% (15)	14% (16)	23% (28)	25% (28)	26% (29)	23% (26)
Reformierakond)	–	16% (19)	16% (18)	18% (19)	28% (31)	29% (33)
IRL	–	–	–	–	18% (19)	21% (23)
Isamaa/ Isamaaliit	22% (29)	8% (8)	16% (18)	7% (7)	–	–
Res Publica	–	–	–	25% (28)	–	–

SDE/Möödukad/SDP	10% (12)	6% (6)	15% (17)	7% (7)	11% (10)	17% (19)
KMÜ	–	32% (41)	–	–	–	–
Koonderakond	im Wählerverband	im Wählerverband	8% (7)	–	–	–
	Kindel Kodu	KMÜ				
Maarahva Erakond	–	im Wählerverband	7% (7)	–	–	–
		„KMÜ“				
Rahvaliid	–	–	–	13% (13)	7% (6)	–
unterschiedliche russische Parteien (MKOE, EÜRP)	–	6% (6)	6% (6)	–	–	–
ERSP	9% (10)	im Wählerverband	–	–	–	–
		„Isamaa ja ERSP Liit“				
Sõltumatud Kuningriiklased	7% (8)	–	–	–	–	–
Valimisliit Eesti Kodanik	7% (8)	–	–	–	–	–
Valimisliit Kindel Kodu	14% (17)	–	–	–	–	–
Valimisliit Rohelised	3% (1)	–	–	–	–	–
Eestimaa Rohelised	–	–	–	–	7% (6)	–
Eesti Ettevõtjate Erakond	2% (1)	–	–	–	–	–
Parempoolsed	–	5% (5)	–	–	–	–
Gesamtzahl der im Riigikogu vertretenen Parteien	8	7	7	6	6	4

Bemerkungen: Keskerakond – Estnische Zentrumspartei; Reformierakond – Estnische Reformpartei; IRL – Isamaa ja Res Publica Liit (Pro Patria und Res Publica Union); Isamaa – Pro Patria; Isamaaliit – Pro Patria Union; SDE – Sotsiaaldemokraatlik erakond (Sozialdemokratische Partei); Mõõdukad – Die Moderaten; SDP – Sotsiaaldemokraatlik Partei (Sozialdemokratische Partei); KMÜ – Koonderakond ja Maarahva Ühendus (Wählerverband Estnische Koalitionspartei und Verband des Landesvolkes; Koonderakond – Estnische Koalitionspartei; Maarahva Erakond – Estnische Bauernpartei; Rahvaliid – Estnische Volksunion; MKOE – Wählerverband Unsere Heimat ist Estland; EÜRP – Eestimaa Ühendatud Rahvapartei (Estländische Vereinigte Volkspartei); ERSP – Eesti Rahva Sõltumatuse Partei – Partei der Nationalen Unabhängigkeit Estlands; Sõltumatud Kuningriiklased – Unabhängige Monarchisten; Valimisliit Eesti Kodanik – Wählerverband Estnischer Bürger; Valimisliit Kindel Kodu – Wählerverband Sichere Heimat; Valimisliit Rohelised – Wählerverband Die Grünen; Eestimaa Rohelised – Die Grünen Estlands; Eesti Ettevõtjate Erakond – Partei der Estnischen Unternehmer; Parempoolsed – Die Rechtspartei

Quelle: Wahlkommission der Republik Estland 2011.

Die politische Stimmung hatte sich bis zur Wahl im Jahr 1995 geändert. Die radikalen neoliberalen Wirtschaftsreformen mit denen die Regierung Mart Laars (Isamaa) begann, hatten große Konsequenzen für die Sozialpolitik und führten zu Einbußen der Regierungskoalition (siehe Tabelle 2). Die Wahl wurde vom Wählerverband KMÜ gewonnen.⁶ Letzterer war ein inhaltlicher zerstreutes Konglomerat von Parteien, die sich weder durch eine einheitlich geteilte Weltanschauung, noch durch eine klare politische Vision miteinander verbunden sahen. Einen gemeinsamen Konsens fanden sie vor allem in der Konfrontation gegenüber der radikalen Reformpolitik der Isamaa. Der Erfolg der KMÜ bei der Wahl war beeindruckend – 41 Mandate: Es ist das bisher höchste Wahlergebnis einer politischen Kraft in Estland. Dennoch muss der Erfolg des Wählerverbandes in einem breiteren Kontext gesehen werden. Mitte der 1990er Jahre wurden die Parteien, die radikale marktwirtschaftliche Reformen durchgeführt haben, in vielen Länder Mittel und Osteuropas von den Wählern „bestraft“. Zu dieser Zeit kamen vielerorts Parteien mit einer gemäßigten Reformagenda an die Macht, zumeist Politiker und Parteien mit einem Hintergrund im früheren Regime (Olson 1998). Obwohl aus KMÜ keine einheitliche Partei wurde

⁶ Der Kern der KMÜ setzte sich aus Koonderakond und mehreren ländlichen Parteien – Maaliit, Maarahva Erakond und Põllumeeste Kogu zusammen. Zusätzlich war in diesem Wählerverband Pensionäre und Perede Liit vertreten.

und ihr Kern - die Estnische Koalitionspartei (Koonderakond) - ihre Tätigkeit später einstellte, ging aus den ländlichen Parteien, die diesem Wählerverband angehörten, die Estnische Volksunion (Rahvaliid) hervor, die eine wesentliche Rolle in der estnischen Politik des darauffolgenden Jahrzehnts inne hatte.

In der Wahl von 1995 traten zwei neue Kräfte auf die politische Bildfläche Estlands: Zum einen gründete sich die Estnische Reformpartei (Reformierakond) die nachfolgend zu einer Kernpartei des estnischen Parteiensystems aufstieg. Zum anderen mobilisierte der Wählerverband „Unsere Heimat ist Estland“ erstmals die russische Minderheit und erreichte sechs Sitze im Parlament.

Das ständige Aufkommen neuer Kräfte und die Dominanz der auf ungefestigter organisatorischer Basis funktionierenden Wählerverbände in den 1990er Jahren lassen nur bedingt auf ein stabiles und konsolidiertes Parteiensystem schließen. Das estnische Parteiensystem unterschied sich damals nicht besonders von dessen Gegenstücken in anderen Ländern Mittel- und Osteuropas, wo sich die Parteiensysteme ebenfalls in den Anfängen der Entwicklung befanden.

LANGSAMER KONSOLIDIERUNGSPROZESS MIT RÜCKSCHLÄGEN: 1999–2006

Das Verbot der Wählerverbände der Parteien vor der Wahl 1999 brachte gewisse Klarheit in den Parteienwettbewerb und zwang die Parteien dazu, mehr auf die Entwicklung der Parteiorganisationen zu setzen. Bei der Betrachtung der Struktur des Parteienwettbewerbs Ende der 1990er Jahre können Fortschritte hinsichtlich der Konsolidierung verbucht werden. Wenngleich die darauffolgenden Wahlen neue Parteien hervorbrachten und mehrere Fusionen und Namenswechsel stattgefunden haben, kann das Jahr 1999 als Beginn eines langsamen, von Rückschlägen betroffenen Konsolidierungsprozess gewertet werden, der in die Entwicklung des heutigen Parteiensystems mündet.

Bei der Wahl von 1999 waren die Oppositionskräfte (diesmal Keskerakond, Isamaaliit, Reformierakond und Mõõdukad) erneut erfolgreich, während der überlegene Sieger der vorherigen Wahl – die KMÜ – und die aus ihr hervorgegangenen Parteien verloren. Ein klarer Parteienwettbewerb und das Aufkommen von Parteien, die sich ideologisch und programmatisch deutlicher einordnen ließen, trug zu einer Stärkung der weltanschaulichen Dimension in der Parteienpolitik bei, obwohl der Hauptkonflikt der Wahl von 1999 immer noch personenzentrierter Natur blieb („für oder gegen Savisaar“).

Zu Beginn des darauffolgenden Jahrzehnts bildeten sich zwei Parteien, die vor allem Anfang des 21. Jahrhunderts einen großen Einfluss in der estnischen Politik hatte. 2000 fusionierten die früher mit der KMR verbundenen Linksparteien mit den ländlichen Parteien. Die neue politische Kraft trug den Namen Rahvaliid (Estnische Volkunion) (Toomla 2011). 2001 wurde indessen die völlig neue Partei Res Publica gegründet, die mit ihrer eher populistischen Botschaft „Kampf gegen Korruption“ verbunden mit radikalen Reformvorstellungen viele Wähler ansprach (Taagepera 2006). Die beiden neuen Parteien konnten in der Wahl von 2004 beträchtliche Erfolge verbuchen (siehe Tabelle 2). In erster Linie gilt dies für Res Publica, die sich zu den Gewinnern der Wahl zählen durfte.⁷ Das Phänomen der Res Publica war jedoch nicht einmalig. Populistische neue Parteien mit einer quasi „reinigenden“ Botschaft kamen am Anfang des Jahrzehnts auch in vielen anderen Ländern Mittel- und Osteuropas an die Macht, vor allem aber in den baltischen Ländern (Rose, Munro 2003; Pabriks, Stokenberga 2006; Ramonaite 2006; Linden 2008; Sikk 2006). Der Vorsprung von Res Publica hat die Politikwissenschaftler dazu veranlasst, an den Stabilisierungsperspektiven des estnischen Parteiensystems zu zweifeln (Mikkel 2006; Sikk 2006b). Es war für das Parteiensystem als Ganzes der größte Schock der ganzen Dekade.

Dennoch hielt der Erfolg von Res Publica nicht lange an. Hinsichtlich der sinkenden Popularität und der Furcht, dass sie in der folgenden Wahl den Wiedereinzug in den Riigikogu nicht schaffen könnte, fusionierte Res Publica 2006 mit Pro Patria Union. Die neue konservative Partei trug den Namen IRL. Der Abstieg der Res Publica hängt mit vielen Faktoren zusammen. Der wesentlichste Grund aber war wahrscheinlich die Unfähigkeit mit einem weltanschaulichen Programm aufzufahren, welches über die Grenzen des konservativen Milieus hinaus Wähler vieler sozialen Gruppen mobilisiert hätte. Zudem erschwerte die „Übervölkerung“ des rechten Flügels im Parteiensystem die Ausgangssituation für die Res Publica (es befanden sich dort ebenso die Pro Patria Union und die Estnische Reformpartei) Das Scheitern der Res Publica zeigte die erfolgreiche Adaption der gesellschaftlichen Strömungen im Parteiensystem Estlands. Da die Kernparteien die relevanten politischen Lager besetzten fiel es Neuanhänglingen schwer eine freie Nische zu finden und sie aus dem System abzudrängen.

⁷ Keskerakond bekam im Vergleich zu Res Publica ein wenig mehr Wählerstimmen, obwohl die beiden Parteien im Endeffekt gleich viele Plätze im Riigikogu bekommen haben (estnische Wahlkommission 2011). Dennoch wurde die Regierung von Res Publica und nicht von Keskerakond gestellt.

2007–2011: STABILISIERENDES PARTEIENSYSTEM:?

Die Wahlen von 2007 und 2011 haben keine größeren Expansionen des estnischen Parteiensystems bewirkt. Viel eher hat die Zahl der Parteien abgenommen und der Erfolg der einzigen neuen Partei, die Grünen Estlands (Eestimaa Rohelised) im Jahr 2007 blieb eher gering und kurzfristig.

Sowohl 2007 als auch 2011 ging die Estnische Reformpartei als Sieger aus der Wahl hervor und sicherte sich somit das Amt des Premierministers. Wenngleich die Reformpartei nicht so viele Wählerstimmen auf sich vereinigen konnte, dass sie eine absolut dominierende Stellung innerhalb der Parteienlandschaft erreicht hätte, kann sie dennoch als erfolgreichste Partei in Estland angesehen werden. Sie ist seit 1999 in allen Regierungskoalitionen vertreten gewesen und hat die zentralen politischen Entscheidungen während eines ganzen Jahrzehnts geprägt. Die Hegemonialstellung der Reformpartei in der estnischen Politik ergab sich zum Großteil aus den Besonderheiten des Parteiensystems, sowie aus der Logik der Koalitionsstruktur.

Die Wahl von 2011 war außergewöhnlich, weil erstmals nach der Wiedererlangung der estnischen Unabhängigkeit nur vier Parteien in den Riigikogu einzogen. Bisher waren sechs oder sieben Parteien vertreten (Kreuzer, Pettai 2003; Toomla 2011). Außerdem brachte sich keine neue Vereinigung in den Parteienwettbewerb ein, was im estnischen Kontext ebenso eine Ausnahme darstellte.

Das estnische Parteiensystem als endgültig stabilisiert und störungsresistent zu klassifizieren ist dennoch nicht völlig zutreffend. Betrachtet man die Trends sowohl in Ost- als auch in Westeuropa gibt es für einen überschwänglichen Optimismus keinen Grund – die Parteiensysteme destabilisieren sich eher als dass sie sich Richtung höherer Stabilität entwickeln. Dieser Prozess vollzieht sich im Osten wie auch im Westen (Mair *et al.* 2004; Stegmaier, Vlachová 2011; Webb *et al.* 2002). Somit wird die normative und von einer teleologischen Transformationspragmatik ausgehende Annahme vieler westlicher Politikwissenschaftler, dass Osteuropa innerhalb der kommenden Jahrzehnte den Westen einholt und dann in ganz Europa stabile und nach gleichen Grundsätzen funktionierende Parteiensystemen existieren, unrealistisch.

Wie wir im zusammenfassenden Kapitel dieses Sammelbandes sehen werden, steht das heutige estnische Parteiensystem auf einem wackligen Fundament. Somit kann nur von einem gewissen Stabilitätsmoment die Rede sein und nicht dem Erreichen eines Endpunktes, der gemäß vielen Theorien der westlichen normativen Schule von einem stabilen, schwer veränderlichen Parteiensystem zeugt.

EUROPÄISIERTES PARTEIENSYSTEM?

Unter der Europäisierung des Parteiensystems wird der Einfluss der Europäischen Union und seiner Mitglieder auf die Parteien und das Parteiensystem verstanden (Mair 2000, 2006; Vink 2003). Dieser Einfluss kann aus unterschiedlichen Blickwinkeln betrachtet werden: (1) Parteiprogramme und die Politik (in den Programmen werden Themen behandelt, die mit der EU verbunden sind), (2) die Ebene der Parteiorganisationen (die Veränderung des Machtgleichgewichts und der Rollen innerhalb der Parteien), (3) die Logik des Parteienwettbewerbs (das Auftreten der euroskeptischen Parteien und Veränderungen in der Parteienlandschaft im Allgemeinen), (4) das Verhältnis zwischen der Regierung und den Parteien (bei der Regierung zeigt sich stärker die EU-Dimension, die neuen Herausforderungen sowohl für die Oppositions- als auch die Regierungsparteien darstellt), (5) die Kontakte der Parteien mit den europaweiten Parteienbündnissen (siehe Ladrech 2002).

Ungeachtet des Enthusiasmus, der den Diskurs zur Europäisierung der Parteiensysteme beherrschte, zeigen die empirischen Beweise einen eher geringen, allenfalls indirekten Einfluss der Europäischen Union (Mair 2000). In den Ländern Mittel- und Osteuropas hat der Europäisierungsprozess die Parteien sogar weniger beeinflusst als im Westen (Lewis, Mansfeldová 2006; Haughton 2010).

In diesem Fall ist auch Estland keine Ausnahme. Die Europäisierung hat keinen direkten Einfluss auf die Parteien oder das Parteiensystem gezeigt und sogar die indirekten Einflüsse sind schwach geblieben (Sikk 2010). Die estnischen Parteien haben nach dem Beitritt zur Europäischen Union ihre mit Europa verbundenen Kompetenzen nicht wesentlich erhöht. Das Machtgleichgewicht innerhalb der großen Parteien hat sich trotz der Europäisierung nicht geändert, weil weder die Europakompetenz noch die Position in den europäischen Strukturen bei innerparteilichen Machtkämpfen momentan einen großen Vorteil bringen. Die mit der Europäischen Union verbundenen Themen finden nur in geringem, oberflächlichem Umfang Erwähnung in den Parteiprogrammen. Sogar bei der Wahl des Europäischen Parlaments wird eher auf die Innenpolitik und die allgemeinen außenpolitischen Kompetenzen der Kandidaten gesetzt. Diskussionsfragen, die sich auf die EU beziehen, sind eher nebensächlich.

Trotz der nur unzureichenden Beschäftigung der Parteienpolitik mit Europa, bestehen einige Berührungspunkte. Der Einfluss offenbarte sich vor allem bei der Wahl des Europäischen Parlaments (Sikk 2010). Während einige Parteien ihre Position im Parteienwettbewerb innerhalb

des Landes verbessern konnten, haben schlechte Wahlergebnisse bei der Europawahl zu einem Absinken der Popularität anderer beigetragen. Beispielsweise spielte bei der Wahl des Europäischen Parlaments 2004, bei der das Vorzugsstimmensystem angewendet wurde, die außenpolitische Glaubwürdigkeit der Spitzenkandidaten der Parteien eine deutliche Rolle. Das half der Sozialdemokratischen Partei mittels der Kandidatur von Toomas-Henrik Ilves ihren bisherigen Abwärtstrend abzuwenden und sich wieder als wettbewerbsfähige Partei zu etablieren. Rahvaliit und Res Publica verfügten im Bereich Außenpolitik über keine Spitzenpolitiker, weshalb es ihnen dort an Glaubwürdigkeit mangelte. Der Misserfolg in zwei aufeinanderfolgenden Wahlen des Europaparlaments (2004, 2009) war einer der Faktoren, die zum Untergang dieser Partei beitrugen. Das Scheitern von Res Publica bei der Wahl von 2004 bestätigte abermals die sinkende Unterstützung für diese Partei. Die Bedeutung der Innenpolitik war 2009 bei der Wahl des Europäischen Parlaments ebenso hoch. Die Kandidatur von Indrek Tarandi als Einzelkandidat, um gegen die Verhältniswahl ohne Vorzugsstimmen zu protestieren, war ein Schlag gegen die ganze Parteiendemokratie und hat den Parteien die Grenzen aufgezeigt, die man bei Veränderungen der institutionellen Spielregeln zum eigenen Vorteil nicht überschreiten darf. Andererseits wies aber die Tatsache, dass alle größeren Parteien in der Lage waren sich mindestens ein Mandat zu erkämpfen, auf die Etablierung des Parteiensystems hin.

Die Mitgliedschaft der estnischen Parteien in den Fraktionen des Europäischen Parlaments (die sogenannten Europarteien) hat die sie dazu gezwungen, ihre ideologischen Fundamente deutlicher zu definieren und hat damit weltanschauliche Klarheit in die estnische Parteienpolitik gebracht (Sikk 2006a). Die Stärkung der Exekutive, was durch die Mitgliedschaft in der Europäischen Union unvermeidlich geworden ist, hat die Position der Regierungsparteien gegenüber der Opposition gestärkt (Duina, Raunio 2007). Die estnische Innenpolitik erlebte eine immer stärkere Präsenz europäischer Themen und verschaffte der Regierung einen großen Vorteil gegenüber der Opposition.

Trotz der marginalen Relevanz der Europäisierung kann dem Politikwissenschaftler Allan Sikk (2010) zugestimmt werden, dass die Parteienlandschaft ohne den Einfluss der Europäischen Union etwas anders aussehen würde.

ZUSAMMENFASSUNG DER ENTWICKLUNG DES ESTNISCHEN PARTEIENSYSTEMS – FRAGMENTIERUNG UND DIE TYPOLOGIE DES PARTEIENSYSTEMS

Am Anfang dieses Kapitels wurden die diversen Möglichkeiten der Klassifizierung von Parteiensystemen vorgestellt. Nachfolgend wird das estnische Parteiensystem anhand der Klassifikation von Siaroff (2000) analysiert (siehe Tabelle 3). Sie ermöglicht eine viel detaillierter Darstellung von Mehrparteiensystemen unterschiedlicher Art als die klassischen Modelle (Wolinetz 2006). Darüber hinaus führt die folgenden Tabelle die Zahl der effizienten Parlamentsparteien (*Effective number of parliamentary parties* – ENPP) auf, die von der Politikwissenschaft häufig als Maßstab für den Grad der Fragmentierung des Parteiensystems angewendet wird und auf dem Index von Taagepera und Laakso basiert (Laakso, Taagepera 1979; Taagepera 2007).

Tabelle 3. Die Entwicklung des estnischen Parteiensystems: Typologie und Fragmentierung

	Typ des Parteiensystems laut Siaroff	Die Zahl der effizienten Parlamentsparteien (ENPP)
1992	<i>Extremes Mehrparteiensystem mit einer dominierenden Partei</i>	5,9
1995	Extremes Mehrparteiensystem mit einer dominierenden Partei	4,1
1999	Extremes Mehrparteiensystem, in dem unter den Parteien Gleichgewicht herrscht	5,5
2003	Extremes Mehrparteiensystem, in dem unter den Parteien Gleichgewicht herrscht	4,6
2007	Extremes Mehrparteiensystem, in dem unter den Parteien Gleichgewicht herrscht	4,3
2011	Moderates Mehrparteiensystem, in dem unter den Parteien Gleichgewicht herrscht	3,8

Quelle: Siaroff 2000, Mikkel 2006 (ENEP) und die Rechnungen der Autoren

In einem internationalen Vergleich weist das estnische Parteiensystem im Kontrast zu anderen mittel- und osteuropäischen Ländern ein relativ hoher Fragmentierungsgrad auf (Bielasiak 2002; Jungerstam-Mulders 2006; Lewis 2006).

Nach der Klassifikation von Siaroff existiert im Allgemeinen ein stark fragmentiertes Parteiensystem in dem unter den Parteien normalerweise ein Gleichgewicht herrscht (extremes Mehrparteiensystem, außer bei der letzten Wahl).⁸ Unter Berücksichtigung der bisherigen Entwicklungstrends des estnischen Parteiensystems erscheinen die in den Medien weit verbreiteten Behauptungen, es könne sich in Estland ein klassisches Zweiparteiensystem (wie es z.B. in den USA und in Großbritannien der Fall ist) entwickeln, als fragwürdig. Sollte es tatsächlich eine Entwicklung in diese Richtung geben, könnte das einzig realistische Ergebnis ein Mehrparteiensystem mit zwei dominanten Parteien sein, die über 65 Prozent der Wählerstimmen bekommen – jede ca. 30 Prozent. Angesichts der bisherigen Erfahrungen scheint aber auch dieses Szenario nicht sonderlich wahrscheinlich.

Dennoch wird bei näherer Betrachtung des estnischen Parteiensystems ein deutlicher Trend sichtbar. Während bei den Wahlen der ersten Hälfte der 1990er Jahre nur eine Partei dominierte (1992 Isamaa, 1995 KMÜ), ist der Parteienwettbewerb seit Ende der 1990er viel ausgeglichener geworden. So gehen in der Regel zwei Parteien als Sieger aus der Wahl hervor, wobei sie eine ähnliche Anzahl an Wählerstimmen bekommen, dicht gefolgt von der drittplatzierten Partei, die geringfügig weniger Stimmen auf sich vereint.

Ungeachtet dessen ist eine moderate oder beträchtliche Fragmentierung fast immer ein integraler Bestandteil des estnischen Parteiensystems gewesen. In dieser Hinsicht unterscheiden wir uns nicht sonderlich von unseren Nachbarländern im Baltikum, Lettland und Litauen (Jungerstam-Mulders 2006; Rose, Munro 2009). Erst die neuste Wahl hat diesbezüglich eine positive Entwicklung mit sich gebracht.

⁸ „Mehrparteiensystem, in dem unter den Parteien Gleichgewicht herrscht“ ist nach Siaroff ein Parteiensystem, in dem der Index der Zahl der Parlamentsmandate zwischen den Parteien, die bei der Wahl den ersten und den zweiten Platz belegen (SR1:2) nicht höher als bei 1,6 liegt und wo der entsprechende Index zwischen den Parteien die den zweiten und dritten Platz belegt haben (SR2:3) nicht höher als bei 1,8 liegt. Von einem extremen Mehrparteiensystem kann nach Siaroff die Rede sein, wenn es mehr als fünf Parteien gibt, die mehr als drei Prozent der Parlamentsmandate inne haben. Bei einem moderaten Mehrparteiensystem liegt diese Zahl unter fünf.

PARTEIEN, GESELLSCHAFT UND WÄHLER

Das Verhältnis zwischen den Parteien und der Gesellschaft ist ein wesentlicher Aspekt in der Analyse des Parteiensystems (Karvonen, Kuhnle 2001; Mair 1998; Mair *et al.* 2004; Ware 1996). Die Hauptfrage in diesem Zusammenhang ist, inwieweit die Parteien in der Gesellschaft integriert sind und welches Verhältnis die Parteien zu den Wählern haben. Selbige Beziehung kann anhand vieler Indikatoren analysiert werden. Am meisten sagt die Volatilität (*volatility*) aus, ein Indikator, der die Schwankungen der Parteipräferenzen der Wählerschaft im Zeitraum zwischen zwei aufeinanderfolgenden Wahlen zeigt (Bartolini, Mair 1990; Pedersen 1983). Wie bereits erwähnt sind die Volatilitätsquoten der Wähler in den Ländern Mittel- und Osteuropas in der Regel wesentlich höher als in Westeuropa. In dieser Hinsicht sind die baltischen Länder keine Ausnahme. Hier war die Volatilitätsrate im Vergleich zu anderen neuen EU- Mitgliedsländer eine der höchsten (Sikk 2005; Jungerstam-Mulders 2006; Mainwaring, Zoco 2007). Dennoch ist sie in Estland in der Regel niedriger gewesen als in Litauen und Lettland.

Tabelle 4 zeigt eine zwar schwankende aber sukzessive Abnahme der Volatilitätsrate. Das offenbart die Fähigkeit der Parteien, sich ihre Wähler zu sichern. Die Abnahme der Volatilität stimmt auch mit der vorhin erläuterten These der allgemeinen Stabilisierung des Parteiensystems überein.

Tabelle 4. Volatilität in den estnischen Wahlen 1995 – 2011

	1995	1999	2003	2007	2011
Gesamtvolatilität der Wählerschaft (Pedersen- Index)	27,3	34,2	27,3	21,6	11,5

Quelle: Caramani, Biezen 2007 und die Rechnungen der Autoren

Bemerkung: Volatilität wurde laut dem Pedersen-Index gerechnet, Gesamtvolatilität = $\sum |P_{i...n t} - P_{i...n t+1}| / 2$, P steht für den Prozentsatz der für die Parteien i bis n gegebenen Wählerstimmen auf den Wahlen t und t+1.

Die Stärke der Verbindungen der Parteien mit der Gesellschaft kann ferner durch weiteren Indikatoren charakterisiert werden, beispielsweise dem Vertrauen der Gesellschaft gegenüber den Parteien und den Institutionen (Rose 1995; Wyman *et al.* 1995; Rose, Munro 2009). Auch die Mitgliederdichte in den Parteien wird als aussagekräftiger Indikator gesehen (Mair, Biezen 2001; Biezen 2003), sowie die Fähigkeit der Parteien, sich über die in der Gesellschaft existierenden sozialen Konfliktlinien zu definieren (Kitschelt 1999; Whitefield 2002). Die Mitgliederdichte und die Thematik der sozialen Konfliktlinien werden im Anschluss erläutert. An dieser Stelle liegt der Fokus auf dem Vertrauen der Gesellschaft gegenüber den Parteien.

In den 1990er Jahren war das Vertrauen gegenüber den Parteien ziemlich gering, weswegen einige Wissenschaftler das in Estland herrschende System sogar als antiparteiisch beschrieben haben (*anti-party system*). Es wurde daran gezweifelt, ob eine Parteiendemokratie nach dem westlichen Vorbild in einer Gesellschaft, die so kritisch gegenüber den Parteien war, überhaupt entstehen kann (Arter 1996). Jedoch ist das Vertrauen gegenüber den Parteien ab 2000 gestiegen und liegt bisweilen sogar über dem EU-Durchschnitt und damit weitaus höher als in den anderen Ländern Mittel- und Osteuropas (siehe Tabelle 5).

Tabelle 5. Vertrauen gegenüber den Parteien in Estland und Europa (Prozentsatz der Wähler, die den Parteien vertrauen)

	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	Durchschnittswert 2004–2010
Estland	17%	17%	19%	22%	17%	17%	20%	20%
EU-Durchschnitt	17%	18%	20%	18%	19%	17%	18%	18%
Durchschnittswert in den neuen Mitgliedstaaten in Mittel- und Osteuropa (EU 10)	13%	11%	13%	11%	12%	10%	15%	12%

Quelle: Eurobarometer http://ec.europa.eu/public_opinion/

Angesichts der vorliegenden Daten können zwei Merkmale für das Vertrauensverhältnis deklariert werden: Einerseits ist das Vertrauen gegenüber den Parteien nicht sonderlich ausgeprägt (nur 1/5 der Wähler vertraut den Parteien), andererseits schneidet Estland im europäischen Kontext recht gut ab, speziell im Vergleich zu den anderen jüngeren EU-Mitglieder aus Osteuropa.⁹

Zu einem sehr ähnlichen Ergebnis kam auch eine andere internationale Meinungsumfrage, der *European Social Survey* (2008), wo der Frage nachgegangen wurde, inwieweit man sich mit einer bestimmten Partei verbunden fühlt oder anders gesagt, wie groß die Zahl der Menschen ist, die eine ausgeprägte Parteienpräferenz haben. In Estland fühlten sich 44 Prozent der Befragten mit einer bestimmten Partei stärker verbunden. In den Ländern Mittel- und Osteuropas sind es durchschnittlich 37 Prozent (in Westeuropa lag die entsprechende Quote bei 54 Prozent). Aussagekräftig ist dabei die Tatsache, dass die Verbindung zwischen den Parteien und den Wählern in Estland fester geworden ist, fühlten sich doch im Jahr 2004 nur 32 Prozent der Befragten einer bestimmten Partei nahe.

Relativ großes Vertrauen gegenüber den Parteien, abnehmende Volatilität, eine immer stärker werdende Verbindung zwischen Wählern und Parteien und, wie aus der späteren Analyse ersichtlich wird, die zunehmende Mitgliederdichten der Parteien bezeugen eine stärkere Verankerung der estnischen Parteien in der Gesellschaft als in den meisten anderen Ländern Mittel- und Osteuropas.

Wird das Wählerverhalten aber auf der individuellen Ebene untersucht, zeigen die genaueren Analysen, dass die estnischen Wähler doch nicht so parteitreu sind wie die internationalen Indikatoren (Volatilität, Verbundenheit mit einer Partei) es erscheinen lassen. Laut einer an der Universität Tartu vor kurzem durchgeführten gründlichen Studie, wechselte ein Drittel (33,8 Prozent) der Menschen, die ihre Stimme in den Wahlen von 2007 und 2011 abgaben, ihre Parteienpräferenz. Hauptsächlich verschiebt sie sich von der Opposition zur Koalition (37 Prozent). Umgekehrt wanderten 18 Prozent.. (Slovak 2011a, 2011b). Die Studie weist also darauf hin, dass sich die Parteipräferenz der Wähler in Estland noch nicht so fest etabliert hat, um von einem institutionalisierten und gut einschätzbaren Wählerverhalten sprechen zu können.

⁹ Ein besonders hoher Kontrast ist im Vergleich zu Lettland und Litauen zu beobachten. Dort betrug die Vertrauensquote nur 6% und 9% (Eurobarometer 2011). Außerdem weisen die Vertrauensquoten in diesen Ländern einen sinkenden Trend auf, während sie in Estland ziemlich stabil geblieben sind.

DIE GESELLSCHAFTLICHE KONFLIKTLINIEN IM PARTEIENWETTBEWERB

Die Spannungslinien, die den Parteienwettbewerb strukturieren (*cleavages*) sind die Hauptkonfliktlinien in der Gesellschaft, auf die sich der parteipolitische Wettbewerb konzentriert und auf die sich die Parteien bei der Anwerbung der Wählerstimmen stützen. Daher strukturieren die gesellschaftlichen Spannungslinien wesentlich den Parteienwettbewerb, das Wählerverhalten und die innere Logik des Parteiensystems. Um das Wesen und die Entwicklungsgeschichte des estnischen Parteiensystems zu verstehen, ist das Wissen darum von außerordentlicher Relevanz.

In der klassischen Abhandlung von Seymour Martin Lipset und Stein Rokkan (1967) wird die Entwicklung und das Funktionieren der westeuropäischen Parteiensysteme durch vier soziale Konfliktlinien (auch Spannungslinien genannt) erklärt, die ihre Wurzeln in der Geschichte haben: (1) der Klassenkonflikt (auch sozialwirtschaftliche Konfliktlinie genannt), (2) die Stadt-Land Konfliktlinie, (3) die Konfliktlinie zwischen dem Staat und der Kirche und (4) die Konfliktlinie zwischen dem Zentrum und der Peripherie (äußert sich vor allem durch regionale bzw. ethnische Kontroversen). Gemäß dieser Theorie hat der Einfluss der partikularen Spannungslinien (Stadt-Land; Kirche-Staat; Zentrum-Peripherie) abgenommen, sodass der Klassenkonflikt in den westlichen Gesellschaften dominiert. Obgleich einige Forscher den Klassenunterschieden im heutigen Westeuropa im Vergleich zu früher keinen so großen Wert mehr beimessen, gilt diese Konfliktlinie im Großteil des Diskurses weiterhin als die prägnanteste Konfliktlinie für den Parteienwettbewerb. (Nieuwbeerta, Ultee 1999; Karvonen, Kuhnle 2001; Knutsen 2006).

Nichtsdestotrotz wird daran gezweifelt, ob das klassische Modell von Lipset und Rokkan völlig auf den mittel- und osteuropäischen Kontext übertragen werden kann, weswegen alternative Theorien und Klassifikationen zu den *cleavages* vorgeschlagen wurden. (Kitschelt 1995, 1999; Berglund *et al.* 1998; Evans, Whitefield 1998; Tóka 1998; Lawson *et al.* 1999; Moreno 1999; Sitter 2002; Whitefield 2002). Die zentrale These der vorliegenden Abhandlung lautet daher, dass der Klassenkonflikt für die Politik in Mittel- und Osteuropa im Gegensatz zu Westeuropa keine sonderlich herausragende Rolle einnimmt. Die Entwicklung und die Funktionsweise des Parteiensystems ist viel eher von anderen, nur in dieser Region typischen Spannungslinien geprägt worden.

In seiner vielzitierten Arbeiten erörtert Herbert Kitschelt (1995, 1999), dass es im mittel- und osteuropäischen Kontext generell schwer ist von

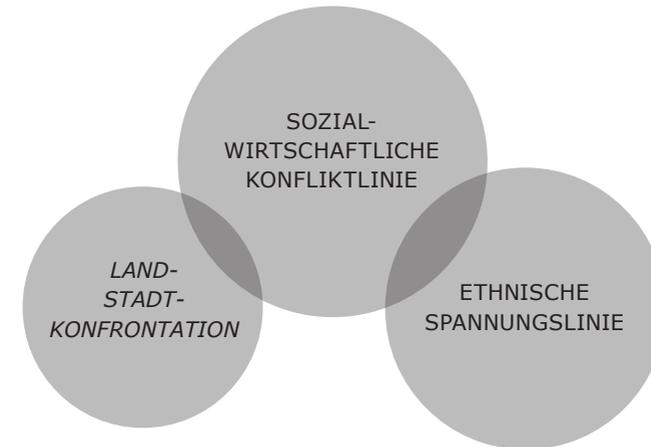
stark verwurzelten cleavages zu sprechen. Der Parteienwettbewerb sei vielmehr durch gesellschaftlich-politische Trennungslinien (*divides*) strukturiert. Diese ändern sich im Laufe der Zeit und stützen sich auf keine tiefen sozialen Unterschiede, sondern in erster Linie auf wertebasierte Konfrontationen¹⁰.

In Estland ist die Thematik der sozialen Spannungslinien nur wenig analysiert worden. Es mangelt an soziologischen Studien, die es ermöglichen würden, in dieser Frage verallgemeinernde Schlussfolgerungen auf einer starken empirischen Basis zu machen. Die bisherigen Analysen basieren primär auf Expertenmeinungen (siehe Daatland 1997; Mikkel 1998; Svege, Daatland 2000; Lagerspetz, Vogt 2004; Lauristin 2007; Pettai *et al.* 2011). Die Wissenschaftler sehen in ihren Untersuchungen drei, die estnische Politik bestimmende Konfliktlinien: Eine ethnische Konfliktlinie, eine Stadt-Land-Konfliktlinie und die sozialwirtschaftliche Konfliktlinie. (Daatland 1997; Krupavičius 2005; Mikkel 2006). Ein Teil der erwähnten Autoren weisen auch darauf hin, dass sich die Bedeutung der Spannungslinien in der estnischen Politik im Laufe der Zeit geändert hat: Während die ethnische Spannungslinie und die damit verbundene Identitätspolitik, sowie die Stadt-Land-Konfrontation in den 1990er sehr wichtig waren, hat die sozioökonomische im 21. Jahrhundert erheblich an Relevanz gewonnen.

Im Anschluss werden zwei hypothetische Modelle für die Analyse der strukturierenden Hauptspannungslinien der estnischen Parteipolitik aufgestellt. Der erste Ansatz geht von der von Lipset und Rokkan aufgestellten klassischen Theorie der Spannungslinien aus, auf die sich bisher die meisten Autoren bei ihrer Analyse der Spannungslinien in Estland gestützt haben. Ein weiteres hypothetisches Modell repräsentiert eine „osteuropäischere“ Sichtweise. Bei ihrer Betrachtung der bestimmenden Spannungslinien, die einen Rahmen für die estnische Politik darstellen, greift sie eher nach Theorien, die unter Beachtung der Besonderheiten der postkommunistischen Staaten entworfen worden sind. Es muss betont werden, dass es sich in beiden Fällen um hypothetische Modelle handelt, da es uns an empirischen Daten mangelt, um die Validität dieser Modelle im angemessenen Umfang zu prüfen.

¹⁰ Kitschelt nennt an dieser Stelle fünf Hauptspannungslinien/Hauptkonfliktlinien bzw. Haupttrennungslinien, die der Parteipolitik in Mittel- und Osteuropa einen Rahmen bieten: (1) Trennungslinie zwischen den Regimen – diejenigen, die gegenüber dem vorherigen kommunistischen Regime positiv gesinnt sind vs. die ehemaligen Regimegegner, (2) sozialwirtschaftliche Trennungslinie („Gewinner“ und „Verlierer“ der Wende), (3) soziokulturelle Trennungslinie (Befürworter der Durchsetzung von liberalen Ideen in Gesellschaft und Wirtschaft vs. Akteure mit einer autoritäreren und protektionistischeren Haltung), (4) kosmopolitische vs. national geprägte Kräfte, (5) ethnische Konfliktlinie.

Schema 1. Das System der die estnische Parteienpolitik strukturierenden Spannungslinien gemäß dem klassischen Lipset-Rokkan-Modell (mit der Schriftgröße wird auf dem Schema das Gewicht der Spannungslinie verdeutlicht)



Quelle: Eigene Darstellung

Mit Blick auf das Modell von Lipset und Rokkan kann der sozialwirtschaftlichen Konfliktlinie die größte Rolle in der estnischen Politik zugeschrieben werden. Diese ist wiederum mit der Land-Stadt-Konfrontation verflochten, weil die sozialen Disparitäten in Estland eng mit den regionalen Unterschieden zusammenhängen – die Bevölkerung der ländlichen Gebiete gehörte in der Übergangszeit eher zu den Verlierer und die daraus resultierenden großen regionalen Unterschiede im Einkommen bestehen bis heute (Raagmaa 1996; Noorköiv 2010). Wie bereits erwähnt, verliert die Land-Stadt-Konfrontation in letzter Zeit allmählich an Bedeutung und Mobilisierungskraft, wovon nicht zuletzt das langsame Verschwinden der Estnischen Volkunion (Rahvaliid) ein Indikator ist. Die sozialwirtschaftliche Konfliktlinie hängt auch mit der ethnischen Konfliktlinie zusammen, weil diejenigen Parteien, die eine striktere Position gegenüber der russischen Frage eingenommen haben, sich in der sozialwirtschaftlichen Frage eher mit marktliberalen Ansichten positionieren (IRL und Reformierakond). Dieser Zusammenhang der zwei Spannungslinien wird auch auf der Ebene der Wählerschaft deutlich: Studien zeigen, dass die finanzielle Lage der

russischsprachigen Bevölkerung durchschnittlich schlechter ist als bei den Esten. Außerdem halten die russischsprachigen Wähler die soziale Gerechtigkeit für wichtiger und vertreten Ansichten, die primär im linken Parteienspektrum anzusiedeln sind. (Eesti lõimumiskava monitooring¹¹ 2010; Toomla 2011).

Es stellt sich die Frage, ob die sozialwirtschaftliche Konfliktlinie in der estnischen Parteienpolitik und dem Wählerverhalten tatsächlich eine zentrale Bedeutung hat. Selbiges würde starke, klassenbasierte Strukturen im Wählerverhalten voraussetzen, sowie einen Fokus auf die mit der Umverteilungspolitik verbundenen sozialwirtschaftlichen Themen in den politischen Debatten vor der Wahl. Im gewissen Umfang verteilen sich die Wählerstimmen entsprechend der sozialwirtschaftlichen Spannungslinie – die wohlhabenderen Bevölkerungsgruppen unterstützen beispielsweise eher die Reformpartei, während die Menschen mit einem mittleren oder niedrigeren Einkommen dagegen zur Sozialdemokratische Partei oder Zentrumspartei tendieren (siehe Toomla 2011). Dennoch zeigen die in diesem Bereich durchgeführten Analysen dahingehend lediglich einen schwachen Zusammenhang. Das Wählerverhalten in Estland wird nicht ausschließlich durch die Dimension der Klassenunterschiede bestimmt. Außerdem steht die Umverteilungspolitik in der Regel nicht im Fokus des öffentlichen Diskurses während des Wahlkampfes, was bei einer Dominanz der sozialwirtschaftlichen Konfliktlinie der Fall sein müsste.

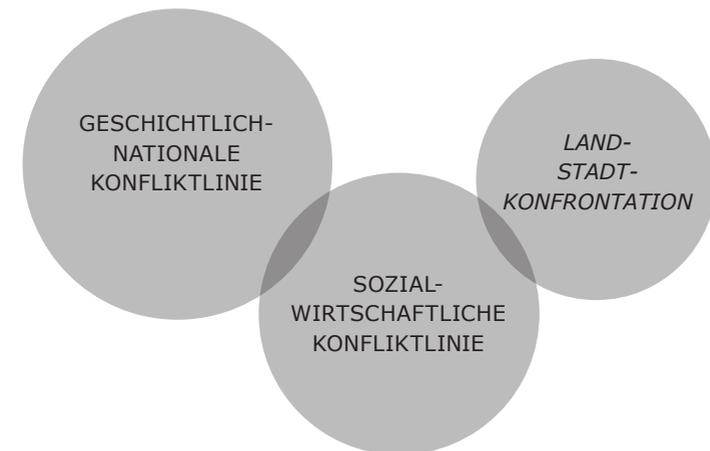
Das leitet zu einer alternativen, „osteuropäischeren“ Abhandlung, deren zentrale These wie folgt lautet: Die den Parteienwettbewerb und das Wählerverhalten strukturierende Hauptkonfliktlinie besteht nicht vorrangig in der sozialwirtschaftlichen Dimension oder im Klassenkonflikt, sondern beruht viel eher auf einer durch Identitätspolitik charakterisierten Konfrontation, die auf der Geschichte und der nationalen Frage basiert. Diese stellt eine eigenartige Verflechtung dar, in der sich die Beurteilung der neueren Geschichte (insbesondere der sowjetischen Periode), die ethnische Dimension und „weiter gefasst, die Ansichten bezüglich der sogenannten „russischen Frage“ (Russland und die hiesige russischsprachige Minderheit – eine Gefahr oder keine; sollten wir in der russischen Frage strikt oder eher liberal sein? etc.) verbindet. Diese Konfliktlinie stellt in der estnischen Politik die Hauptkonfliktlinie dar, bei der sich auf der einen Seite Kräfte finden, die die sowjetische Vergangenheit kritisch sehen und eher eine striktere Position in der russischen Frage haben (Reformierakond, IRL), und auf der anderen Keskerakond. Diese Konfliktlinie ist für die Wähler besonders mobilisierend gewesen, weil sie während der ganzen Periode

¹¹ Studie über den estnischen Integrationsplan

nach der Wiedererlangung der Unabhängigkeit durch die Haltung gegenüber der Person Edgar Savisaar stark personifiziert gewesen ist – „Für oder gegen Savisaar“.

Das bedeutet aber nicht, dass die sozialwirtschaftliche Konfliktlinie in der estnischen Politik überhaupt keine Rolle spielt. Sie verfügt weiterhin über erhebliche Bedeutung und ist außerdem mit der geschichtlich-nationalen Konfliktlinie verflochten (siehe Schema 2). Die Aktualität der beiden Konfliktlinien in der estnischen Parteienpolitik hat sich geändert: Während die geschichtlich-nationale Konfliktlinie in der ersten Hälfte der 1990er Jahre deutlich im Vordergrund stand, ist die Bedeutung der sozialwirtschaftlichen Konfliktlinie Ende der 1990er und Anfang des 21. Jahrhunderts gestiegen. Nach den Unruhen in Tallinn 2007, die im Estnischen den Namen „Pronksiöö“ („Bronzenacht“) tragen, ist die geschichtlich-nationale Konfliktlinie wieder in den Fokus des Parteienwettbewerbs gerückt.

Schema 2. Das System der Konfliktlinien, die den estnischen Parteienwettbewerb strukturieren – alternative Abhandlung (mit der Schriftgröße wird auf dem Schema das Gewicht der Spannungslinie verdeutlicht)



Quelle: die Autoren

Auf die zunehmende Bedeutung der Konfliktlinie zwischen den Nationalitäten verweist auch die von den Wissenschaftlern der Universität Tartu durchgeführte neuste Studie zum Wählerverhalten. Laut dieser Studie ist unter der estnischen Wählerschaft eine sogenannte „nationale Arbeitsverteilung“ („rahvuslik tööjaotus“) entstanden. Die russischsprachigen berücksichtigen bei der Abgabe ihrer Stimme eher die nationalen Interessen als ihren sozialwirtschaftlichen Hintergrund. Sie bevorzugen fast ausschließlich Keskerakond. Andere Parteien werden nicht als reelle Alternative wahrgenommen (Slovak 2011b). Obgleich die Interessen der estnischen Wählerschaft weitaus variabler sind, werden die Rechtsparteien bei der Wahl bevorzugt, um einen Gegenpol gegen die von der russischsprachigen Bevölkerung präferierte Zentrumspartei zu bilden.

Die Konfliktlinie zwischen den ländlichen Gebieten und den Städten ist wie angesprochen von nur marginalerer Bedeutung, da sie in weiten Teilen von der geschichtlich-nationalen überschattet wird.

Letzteres Argument ist auch bei der Deutung des relativ geringen Erfolges der estnischen Sozialdemokratischen Partei hilfreich. Sie wird mit Hauptkonfliktlinie der estnischen Gesellschaft – der national-geschichtlichen – nämlich nur spärlich in Verbindung gebracht. Hingegen hat der Klassenkonflikt, den sie thematisch bedient, keine große Relevanz in der estnischen Politik. Daneben wirken weitere Faktoren wie der Mangel an starker Parteiführung, die organisatorische Schwäche und gelegentlich auftauchenden Kontroversen über die eigene Weltanschauung destruktiv.

Diese „osteuropäische“ Konzeption stützt sich auf die oben erwähnte Theorie, wonach die sozialwirtschaftliche Konfliktlinie in den Ländern Mittel- und Osteuropas keine zentrale Rolle spielt und die Parteienpolitik eher von den wertebasierten Spaltungs- und Konfliktlinien strukturiert wird. Letztgenannte konstruieren durch ihre Interdependenz die typischen Strukturen innerhalb eines staatlichen Systems. In fachspezifischen Abhandlungen wird zudem der politischen Elite eine aktive Rolle bei der Entwicklung und Errichtung dieser Konfliktlinien zugeschrieben. (Tóka 1998; Enyedi 2005; Deegan-Krause 2007). Wahrscheinlich kann die Dominanz der geschichtlich-nationalen Konfliktlinie in Estland nicht nur mit objektiven, sozialen und geschichtlichen Gründen erklärt werden. Es handelt sich wohl auch im gleichen Umfang um strategische Entscheidungen der Parteieliten, bei denen gewisse gesellschaftliche und wertebasierte Debatten mit Kalkül überspitzt worden sind, um im Parteienwettbewerb erfolgreich zu sein. Unter diesem Aspekt ist Estland im mittel- und osteuropäischen Kontext keine Ausnahme – die geschichtlich-nationale Konfliktlinie findet sich in ähnlichem Art und Weise auch in anderen östlichen Mitgliedstaaten der EU vor (z.B. in Lettland, Slowakei und Rumänien).

Trotz der gewonnenen Erkenntnisse verweilen der oben angeführte alternative Ansatz und die zuvor erläuterte Argumentation mit Fokus auf der sozialwirtschaftlichen Konfliktlinie in Estland auf einem hypothetischen Level. Bisher mangelt es für die Bestätigung der hier aufgestellten Überlegungen an überzeugenden (quantitativen) empirischen Belegen

PARTEIORGANISATIONEN UND IHRE ENTWICKLUNG

Die estnischen Parteiorganisationen sind seit den 1990er Jahre in institutioneller Hinsicht in den Händen von politischen Kräften gewesen, die dem dritten Sektor bzw. staatlichen Organisationen ähneln. An dieser Stelle soll betont werden, dass die Entscheidungen, die über die Parteien als Quasiorganisationen in der Periode der Entwicklung von staatlichen Organisationen getroffen wurden, über ein wesentlich höheres Gewicht verfügten als es bei denen, die sozusagen ausschließlich zum privaten oder öffentlichen Sektor gehören. Zum Großteil ist diese Tendenz den Umständen der ersten Phase des Transformationsprozesses geschuldet. Während das westliche Organisationsmodell für den privaten und öffentlichen Sektors übernommen wurde, war es bei der Parteiorganisation nicht im gleichen Umfang möglich, die Techniken der westlichen Pendanten nachzuformen. Das Ziel, diese Parteimodelle zu kopieren, erreichte Estland erst am Anfang des 21. Jahrhunderts, in der Zeit wo die grundlegende, institutionelle Leistungsfähigkeit gewährleistet war.

Die Frage der Funktionsprinzipien der Parteiorganisationen wird häufig als eine instrumentale oder sogar technokratische Angelegenheit angesehen. In der Tat zeigt uns aber die politische Geschichte, dass wesentliche politische Änderungen oft gerade mit Änderungen und Anomalien bei den Funktionsprinzipien der Parteiorganisationen anfangen. Zwei Gründe sind dafür besonders relevant. Erstens stellt eine ausgeglichene Funktionalität der Parteienorganisation das Grundgerüst des demokratischen Politikprozesses dar. Sind die vorhandenen institutionellen Organisationen einer Partei nicht zeitgemäß und ist die Wählerschaft mit ihnen nicht zufrieden, sind mit hoher Wahrscheinlichkeit größere Veränderungen im politischen System zu erwarten. Zweitens ist die Funktionsfähigkeit der Parteiorganisationen mit Leistung des Regierens direkt verbunden, beispielweise durch die Entscheidungen zum Personal, welches direkten Einfluss auf die Qualität des gesamten Entscheidungsprozesses ausübt.

ZENTRALE FAKTOREN BEI DER ENTWICKLUNG DER PARTEIORGANISATIONEN

Das estnische Parteiengesetz (erakonnaseadus) wurde 1994 verabschiedet. Laut den Autoren des Gesetzesentwurfes dienten das finnische und das deutsche Parteiengesetz als Vorbild (Nutt, 1994).

Das verabschiedete Parteiengesetz legte die grundsätzliche organisatorische Struktur der Parteien fest. Wie in vielen anderen Ländern werden die Parteien auch in Estland darüber hinaus vom Gesetz über die gemeinnützigen Organisationen (mittetulundusühingute seadus, MTÜ seadus) reguliert, das parallel zum Parteiengesetz gilt und öfter Fragen zur juristischen Deutung aufwirft. Gemäß der Satzung nimmt die Mitgliederversammlung (üldkoosolek, üldkogu) die Position des höchsten Entscheidungsorgans der Partei ein. Entsprechend dem Gesetz über die gemeinnützigen Organisationen müssen die Parteien jedes Jahr einen Jahresabschlussbericht vorlegen, weshalb die Mitgliederversammlungen in der allgemeinen Praxis jährlich stattfanden. Als Resultat der Konsolidierung der Parteienlandschaft und des Zuwachses an Mitgliedern beschränken sich die Parteien auf eine Mitgliederversammlung binnen zwei Jahren.

Die Parteiorgane, die nach ihrer Bedeutung gemessen der Mitgliederversammlung folgen, sind die Vertreterversammlung (volikogu) und der Parteivorstand (juhatus). Die juristische Logik dieser Begriffe ergibt sich aus den Begriffen „volinike koosolek“ (Sammlung der Vertreter) und „juhatus“ (Vorstand), die im Gesetz über die gemeinnützigen Organisationen erläutert werden. Die Vertreterversammlungen haben von Jahr zu Jahr an Gewicht als Arbeitsorgane gewonnen. Die Mitgliederversammlung nutzt dabei zunehmend die gesetzliche Möglichkeit Entscheidungsbefugnisse an die Vertreterversammlung abzugeben. In der Regel besprechen sich die Vertreterversammlungen der Parlamentsparteien, die sich aus Delegierten der lokalen Organisationen zusammensetzen, einmal im Quartal. Im Zuge dieser Vertreterversammlungen verabschieden die Parteien wichtige Pressemitteilungen und beziehen zu wesentlichen innenpolitischen Fragen Stellung. Zweifelsohne nimmt der Parteivorstand für die Parteiorganisation eine entscheidende Rolle ein. Er ist für die Finanzen der Partei verantwortlich, obwohl es zur allgemeinen Praxis gehört den Generalsekretär (peasekretär) durch den Vorstand zu bevollmächtigen das Tagesgeschäft zu führen. Dieses Amt wird in der estnischen Parteipolitik immer sichtbarer. Wenngleich der Generalsekretär in Estland nicht von der Mitgliederversammlung gewählt, sondern vom Vorstand ernannt wird, handelt es sich um einen mächtigen Parteifunktionär, der sich auch am öffentlichen politischen Diskurs beteiligt. Wie genau das Amt des Generalsekretärs ausgeübt

wird, hängt von den unterschiedlichen Traditionen der Parteien ab. In einigen ist er eher ein technischer Stableiter, in anderen fungiert er als Parteisprecher im Dialog mit der Öffentlichkeit.

Mit Blick auf die Diskussionen um die Funktionsprinzipien der Parteien nach der Verabschiedung des Parteiengesetzes, können drei Hauptentwicklungslinien dargelegt werden: Mitgliedschaft, Monopolisierung der öffentlichen Macht und die Finanzierung.

MITGLIEDSCHAFT

Die Mitgliedschaft in Parteien ist für die Parteiensysteme von fundamentaler Bedeutung. Aber wie wird Mitgliedschaft definiert und welche Begrenzungen oder Anforderungen gibt es diesbezüglich? Gemäß dem estnischen Parteiengesetz darf jeder handlungsfähige Bürger, der das 18. Lebensjahr vollendet hat, einer Partei beitreten, wobei die Parteienmitgliedschaft gewissen Amtsträgern untersagt ist. Diese sind der Justizkanzler und seine Berater, Präsident und Vizepräsident des estnischen Rechnungshofes, Richter, Staatsanwälte, Polizeibeamte, aktive Angehörige der Streitkräfte, Beamten der Grenzschutz und aktive Grenzwächter. Der Präsident Estlands gibt beispielsweise seine Mitgliedschaft für seine Amtszeit auf. Wenngleich diese Beschränkungen gelegentlich Thema der politischen Debatten gewesen ist, wurde eine Aufhebung bisher noch nicht in Betracht gezogen.

Aufgrund des Anstieges der Mitgliederzahlen stellt Estland eine Ausnahme dar, weil in den meisten anderen europäischen Staaten selbige sinkt. Während 0,75 Prozent der Wähler 1995 über eine Parteimitgliedschaft verfügten, lag diese Zahl 2009 schon bei 5,81 Prozent (Kallakas 2010). Diese Entwicklung muss jedoch in einen zeitlichen Kontext gesetzt werden. Die meisten etablierten Demokratien Westeuropas sind gerade in der Phase der Uniformierung der Massenparteien, die Estland bereits überbrückt hat. Im Kontrast zu den osteuropäischen Nachbarn unterscheidet sich die estnische Republik auf Grund der Lage der kommunistischen Parteien. Dort schafften es zwar die Satellitenorganisationen der Partei sich oftmals innerhalb des neuen Systems zu legalisieren, verloren aber später die meisten ihrer Mitglieder.

Eine Studie von Ingrid van Biezen, Peter Mair und Thomas Poguntke (2009), in der die Dynamik der Mitgliedschaft in den Parteien Europas vergleichend untersucht wird, zeigt ebenso deutlich einen klaren Aufwärtstrend bei den estnischen Parteienmitgliedschaften (siehe Tabelle 6).

Tabelle 6. Mitgliederdynamik der Parteien im europäischen Vergleich Ende 1990er bis Ende 2000er

Staat	Zeitraum	Anteil der an der Wähler-schaft in % (Anfang der Peri-ode)	Anteil der Parteimit-glieder an der Wäh-lerschaft in % (Ende der Periode löpp)	Die gene-relle Mit-glieder-dynamik in %
Slowakei	2000–2007	4,11	2,02	-47,79
Tschechien	1999–2008	3,44	1,99	-40,70
Großbritannien	1998–2008	1,92	1,30	-31,56
Slowenien	1998–2008	9,86	6,26	-31,08
Ungarn	1999–2008	2,15	1,54	-28,61
Schweden	1998–2008	5,54	3,87	-26,97
Dänemark	1998–2008	5,14	4,13	-19,03
Bulgarien	2002–2008	5,18	4,57	-12,96
Finnland	1998–2006	9,65	8,08	-13,38
Polen	2000–2009	1,15	0,98	-8,28
Österreich	1999–2008	17,66	17,27	+2,28
Frankreich	1999–2009	1,57	1,85	+32,24
Italien	1998–2007	4,05	5,57	+32,89
Spanien	2000–2008	3,42	4,36	+35,32
Estland	2002–2008	3,34	4,87	+52,20 *

Quelle: Biezen et al. 2009, angepasste Tabelle.

* die von Biezen et al angewendete Rechnermethodik unterscheidet sich von der Methodik von Kallakas (siehe Seite 33)

Gleichwohl ein Vergleich der Mitgliederdynamiken zwischen verschiedenen Staaten immer auch Spekulationen des nationalen Kontextes unterliegt, kann im estnischen Fall von einer relativ hohen Hinwendung zu den Parteien gesprochen werden. Nach von Biezen, Mair und Poguntke sind 4,87 Prozent der estnischen Wähler Parteimitglieder, während der europäische Durchschnitt bei 4,61 Prozent liegt. Mit diesem Ergebnis nimmt Estland europaweit den neunten Platz in der Liste ein und liegt im mittel- und osteuropäischen Vergleich nur hinter Slowenien (6,26 Prozent) (Biezen et al. 2009).

Nachfolgend gilt es Ursachen und Erklärungen für den rasanten Zuwachs der Mitgliederzahlen zu erläutern. Erstens hat die Zwangsparteiisierung bzw. der 2001 vorgenommene Versuch die Wählerverbände bei der Kommunalwahl zu verbieten Einfluss gehabt. Zweitens spielte die Entstehung von Res Publica nach der Jahrtausendwende und die damit einhergehende Verschärfung des Parteienwettbewerbs eine Rolle. Es beeinflusste das Parteiensystem sowohl direkt als auch indirekt – direkt durch Parteibeitritt vieler Menschen, die bis dato noch keiner Partei angehörten und indirekt durch die Rhetorik von Res Publica, die in ihrer Anfangsphase die Integration der Bevölkerung in den politischen Prozess stark betonte, was die anderen Parteien wahrscheinlich dazu zwang, ihrer Mitgliedschaft mehr Aufmerksamkeit zu schenken.

MONOPOLISIERUNG DER ÖFFENTLICHEN MACHT

Ein Thema, das die Entwicklung und den Einfluss der Parteiorganisationen sicher stark beeinflusst hat, bezieht sich auf die Debatte über die Parteien als alleinige Träger der öffentlichen Macht. Anders gesagt, darüber, ob die Kanalisierung der öffentlichen Macht nur den Parteien zugesprochen werden müsste oder nicht. Eine bedeutende Entscheidung, die jenen Umstand untermauert, war das Verbot für Wählerverbände bei der Riigikogu-Wahl anzutreten, sodass seither nur Parteien daran teilnehmen können. Die Verabschiedung dieser Regelung muss als einer der bemerkenswertesten Beschlüsse bezüglich des Parteiensystems seit Wiedererlangung der Unabhängigkeit gewertet werden. Sie gab der Politiklandschaft das klare Signal, dass man nur dann erfolgreich sein kann, wenn man starke Parteiorganisationen entwickelt. Dieser Schritt änderte den Parteibegriff für die Wähler und ermöglichte ein viel deutlicheres Verständnis des Verantwortungsbereichs der Parteien.

Die nächste breite Diskussion zum Thema Parteimitgliedschaft entstand in Verbindung mit dem Versuch des Riigikogu, die Wählerverbände auf der kommunalen Ebene zu verbieten. Das 2001 verabschiedete Gesetz wurde vom Justizkanzler und dem Obersten Gericht abgelehnt. Letzteres erklärte ein Verbot der Wählerverbände auf kommunaler Ebene für grundgesetzeswidrig. Obwohl damit die kommunale Politik nicht gänzlich unter der institutionellen Hegemonie von Parteien steht, zeigt sich ein klarer Trend in Richtung einer parteilichen Dominanz. 1993 stellten Parteien insgesamt nur 106 Listen für die Kommunalwahl auf gegenüber 738 Listen der Wählerverbände. 2002 kehrte sich das Verhältnis um. Bei den Kommunalwahlen traten 630 Listen für die Parteien und 242 für Wählerverbände an (Toots 2003). Bei der Wahl 2005 wurde schon die Rekordzahl von 725 Parteilisten aufgestellt, während unterschiedliche Wählerverbände nur mit insgesamt 186 Listen teilnahmen. Es ist spannend zu beobachten, dass die kommunalen

Organisationen der Parteien bei der Wahl 2009 einiges an Auftrieb verloren haben: Die Zahl der Parteilisten nahm mit insgesamt 588 Listen ab und die Zahl der von Wählerverbänden aufgestellten Listen stieg auf 324 (Wahlkommission 2011).

FRAGEN ZUR ENTWICKLUNG VON PARTEIORGANISATIONEN

Wie es scheint haben sich die Parteistrukturen im Laufe der letzten 20 Jahre gemäß ihrer formellen Charakteristika den Gegenstücken in Nord- und Westeuropa angenähert. Selbige sind zudem Vorbilder bei der Ausgestaltung des institutionellen Rahmens für die Parteienlandschaft. Daher wird den estnischen Parlamentsparteien laut quantitativer Indikatoren einer in jeder Hinsicht gute Funktionalität im Jahr 2011 zugesprochen. Verändert haben sich jedoch die Herausforderungen für die Parteien. Die Frage besteht heute darin ob sie in der Lage sind, sich auch qualitativ an der Demokratie zu beteiligen. Unter dieser Maxime stehen zwei Kernfragen: Welchen Beitrag leisten die Parteien zur Qualität der Regierungsleistung und ist Entscheidungsprozess der Parteien im Verhältnis zur breiteren Bevölkerung legitim?

Ihr Einfluss auf die Leistung der Regierung wird besonders durch ihre Fähigkeit bestimmt, Personalpolitik führen zu können. In einem demokratischen Staat wird die Staatsmacht vor allem vom Parlament und der Regierung ausgeübt. In beiden Staatsorganen treffen daher die Menschen Entscheidungen, die zuvor in einem innerparteilichen Entscheidungsprozess ausgewählt wurden, ungeachtet der verfassungsrechtlichen Lösungen, die es für die Zusammensetzung und Arbeitsweise dieser Organe gibt. Auf rechtlicher Grundlage erhalten zudem ein Fünftel der Riigikogu-Abgeordnete ihren Sitz im Parlament durch Überhangmandate (kompensatsioonimandaadid)¹². Die Überhangmandate, die entsprechend der Position in der Parteiliste verteilt werden, kommen demzufolge als Resultat der innerparteilichen Personalentscheidungen zustande. Nach der Wahl von 2011 wurden 18 Überhangmandate verteilt. In den 1990er Jahren betrug der Anteil der Überhangmandate sogar zwei Drittel. (Heinsalu 2001). Folglich ist geschichtlich gesehen ein sehr großer Teil der politischen Elite Estlands das Ergebnis der Personalpolitik der Parteien gewesen.

Die Regierungsmitglieder werden ebenfalls von den Parteien bevollmächtigt. Dementsprechend prägen die Parteien auch die Exekutive. Obgleich bei der Besetzung der Regierungsposten der öffentliche Wille der Bevölkerung und die Befähigung der Person

¹² Bemerkung der Übersetzerin: Wenngleich sich das estnische Wahlsystem vom deutschen deutlich unterscheidet, wird hier der Begriff „Überhangmandate“ für die Beschreibung des estnischen Begriffes „kompensatsioonimandaadid“ verwendet, weil es im Deutschen keinen passenderen Begriff für die Beschreibung dieser Art von Mandate gibt.

von Gewicht ist, sind in erster Linie die Parteien für die Belegung der politischen Ämter verantwortlich. Wie die Kompetenz der Parteien in dieser Hinsicht operationalisierbar ist, bleibt unklar. Als Indikatoren könnten die Meinung der Öffentlichkeit gegenüber den Kandidatenvorschlägen der Parteien oder die Reaktion auf die Festlegung selbiger fungieren. Als Herausforderungen können sowohl das sehr gute Wahlergebnis Indrek Tarands bei der Europawahl 2009 sowie das viel debattierte Theaterstück „Ühtse Eesti teatrietendus“ gesehen werden.

Ebenfalls diskussionswürdig ist die Legitimität der Parteien als Entscheidungsträger. Ein konsolidiertes Parteiensystem mit nur wenigen Alternativen für die Wähler führt dazu, dass sich der Fokus der öffentlichen Aufmerksamkeit immer mehr auf die innerparteilichen Prozesse verlagert. Ein gewisser Durchbruch hinsichtlich der inneren Demokratie der Parteien ging mit der Gründung von Res Publica im Jahr 2001 einher (Kangur 2004). Heute werden die Listen der größeren Parlamentsparteien nach den Ergebnissen der internen Wahlen erstellt, wenngleich die Leitungsorgane der Parteien in der Regel das Recht haben, die Resultate zu korrigieren. Daneben etablierte sich durch Res Publica eine Reihe von Elementen der innerparteilichen Demokratie in der estnischen Politik, wie zum Beispiel Vertrauensvoten für Minister auf der Mitgliederversammlung. Andererseits ließ die öffentliche Diskussion über die Entwicklung der innerparteilichen Demokratie, sowie die von den Parteien empfundene Notwendigkeit diese weiter zu entwickeln im Anschluss an die Fusion von Res Publica und Isamaaliit deutlich nach. Die nächsten Jahre werden zeigen, ob und inwieweit dieser Diskurs erneut auflebt.

Die demokratischen Prozesse in Parteien sind sicher ein Forschungsgebiet, bei dem es in der akademischen Politikwissenschaft an allgemein anerkannten Typologien und Einschätzungskriterien mangelt. Wahrscheinlich ist dies durch die großen Differenzen der politischen Kultur in unterschiedlichen Ländern bedingt. Scarrow (2005) unterscheidet drei Hauptkriterien: Die Wahl der Listenkandidaten, die Politikkonzipierung und die Wahl der Führung. Im Fall der estnischen Parteien gestaltet es sich schwierig, den Grad der inneren Demokratie anhand des Grades des politischen Konsenses bei der Politikkonzipierung einzuschätzen. Trotzdem ist die Integration der Mitglieder bei der Politikkonzipierung auf grundlegender Ebene in den estnischen Parteien erkennbar. Es bleibt allerdings fraglich, inwieweit dieser Prozess über einen normativen Rahmen verfügt. Der normative Diskurs scheint nicht sehr ausgeprägt zu sein, was zu einer unreflektierten, zentralisierten Entscheidungsfindung führt. Gleiches gilt jedoch auch für die überwiegende Mehrheit der europäischen Parteien.

Bei der Wahl des Parteivorsitzenden können einige Zeichen der Konsolidierung beobachtet werden. Während die meisten estnischen Parteien früher den Vorstandsvorsitzenden jährlich gewählt haben, wird diese Position in allen Parlamentsparteien jetzt für zwei Jahre belegt. Der Vorstand wird von der Vertreterversammlung gewählt, weshalb nicht die gesamte Mitgliedschaft in die Entscheidung über den Vorstandsvorsitzenden einbezogen ist.

Ein wesentliches Merkmal der innerparteilichen Demokratie ist der Auswahl der Kandidaten. Diesbezüglich variiert der Modus zwischen den estnischen Parteien. Heute gibt es in Estland keine Parlamentsparteien, in denen eine völlig offene innerparteiliche Wahl mit endgültigem Resultat unter Einbeziehung aller Parteimitglieder stattfindet. Diese Tatsache verweist unmissverständlich auf die Gefahr der Entstehung einer oligarchischen Parteienlandschaft. Am demokratischsten ist das Verfahren für die Auswahl von Listenkandidaten momentan in der Sozialdemokratischen Partei, wo die Mitgliederversammlung über die für die Wahl des Riigikogu aufgestellte Liste entscheidet. 2011 organisierten auch andere Parteien vor der Wahl innerparteilichen Votums. Die öffentlich zugänglichen Informationen belegen jedoch die großen Interventionen und Korrekturen der Wahlergebnisse seitens des Parteivorstandes.

Scarrow Typologie zur Verallgemeinerung der Parteimodelle ermöglicht eine Kategorisierung der dominierenden Parteytypen in Estland.

Tabelle 7. Typologie der Parteiorganisationen

Typ	Zentralisierung	Einbeziehung der Mitglieder	Institutionalisierung	Estnische Partei, die am stärksten diesem Typ zuzuordnen ist
Dominanter Vorsitzender	hoch	niedrig	in der Regel niedrig	Keskerakond
Führungszentralisiert	durchschnittlich	niedrig	durchschnittlich oder niedrig	Reformierakond
Von unten nach oben	durchschnittlich oder hoch	durchschnittlich oder hoch	durchschnittlich oder hoch	SDE

Korporativ	durchschnittlich oder hoch	durchschnittlich	durchschnittlich oder hoch	IRL
Basisdemokratisch	durchschnittlich oder hoch	hoch	durchschnittlich oder hoch	Rohelised

Quelle: Scarrow 2005, die von den Autoren vorgenommenen Ergänzungen.

Eine Partei mit einem dominanten Vorsitzenden kumuliert (nach Scarrow) ihr politisches Kapital zum Großteil um den Parteichef. Der Autor führt als Beispiel die italienische Partei Forza Italia unter dem Vorsitz von Silvio Berlusconi an. Beim führungsorientierten Fall ist die Parteienstruktur ebenso durch eine starke Zentralisierung der Macht charakterisiert. Im Gegensatz zum ersten Typus sammelt sich diese nicht bei einer Person, sondern verteilt sich auf einen kleinen Kreis von Parteifunktionären. Laut Scarrow dominierten Parteien dieses Typs Westeuropa im 19. Jahrhundert.

In den Typ "von-oben-nach-unten-Parteien" ordnet Scarrow solche ein, die versuchen ihre Zentralisierung durch unterschiedliche Integrationsmechanismen zu verhüllen. Parteien diesen Typus haben ihren Anfang in sozialistischen Bewegungen, die zunächst als außerparlamentarische Kräfte entstanden und die sich besonders bemühten neue Mitglieder anzuziehen. Bei einem korporativen Parteienmodell setzt sich der Vorstand als ausbalanciertes Abbild der innerparteilichen Kräfte zusammen. Scarrow nennt dafür die österreichischen Konservativen und die britische Labour Party als Beispiele. Die basisdemokratischen Parteien sind in der Regel solche, für die die innerparteiliche Demokratie ein Wert an sich ist und die sich dadurch den anderen Bewegungen abgrenzen. Speziell Grüne Parteien sind in diesem Typus vorzufinden.

Entsprechend der Typologie von Scarrow entspricht die über einen dominanten Parteivorsitzenden verfügende Estnische Zentrumspartei am deutlichsten dem gleichnamigen Typus. Das Modell der Basisdemokratie ist in Estland von den Grünen ausprobiert worden. Dieser Versuch scheiterte jedoch und resultierte in einer eher oligarchisch anmutenden Organisation. Andere estnische Parteien verbinden Elemente mehrerer Typen. Die IRL als die Partei, welche die meisten schmerzhaften Fusionen durchgemacht hat, entspricht wahrscheinlich am meisten dem Modell einer korporativen Partei.

Die Estnische Reformpartei verfügt über deutliche Züge einer führungsorientierten Partei und die SDE ist vermutlich am ehesten in der von-unten-nach-oben-Partei einzuordnen.

Die innerparteiliche Demokratie ist aus Sicht der Politikwissenschaft schwer erfassbarer Forschungsgegenstand. Zum einen weil die Forschungsmöglichkeiten eher begrenzt sind. Zum anderen weil die innerparteiliche Demokratie immer sehr von der Situation und der Kultur abhängen. Aus diesen Gründen ist es schwer verallgemeinernde Typologien aufzustellen oder Schlussfolgerungen zu ziehen.

In zahlreichen Magister- und Bakkalaureusarbeiten der PolitikologiestudentInnen der Universitäten Tartu und Tallinn (Kärt 2008; Ojamaa 2010; Otepalu 2008) ist in den letzten Jahren ein Versuch unternommen worden, die innerparteiliche Demokratie anhand von qualitativen Methoden zu untersuchen. Die im Rahmen dieser Analysen gemachten Interviews zeigen, dass die Parteienmitglieder dem öffentlichen und inhaltlichen Output der Partei mehr Gewicht beimessen, als der innerparteilichen Demokratie. Wenngleich Studien einen hohen Zentralisierungsgrad der estnischen Parteien belegen, stehen sie in einem internationalen Vergleich nicht weniger demokratisch da. Im Gegenzug lässt eine Vielzahl von Indikatoren auf die starre Geschlossenheit einer alten, etablierten Demokratie schließen ((Katz, Mair 1994)). Das Forschungsgebiet der innerparteilichen Demokratie bleibt in Zukunft höchstwahrscheinlich weiterhin normativ geprägt. Ihre Ergebnisse in diesem weitgehend unerforschten Gebiet hängen davon ab, wie hoch der Maßstab der Demokratie im Verhältnis zum Untersuchungsobjekt gestellt wird.

ZUSAMMENFASSUNG UND MÖGLICHE ZUKÜNFTIGE ENTWICKLUNGEN

Das estnische Parteiensystem und die Entwicklung der Parteien in den letzten zwanzig Jahren können durch drei Haupttendenzen charakterisiert werden:

1. Stabilisierung und Konsolidierung. Diese sind gerade in den letzten fünf bis sechs Jahren besonders offensichtlich gewesen.

2. Stärkung der Parteiorganisationen und Institutionalisierung. Die Parteiorganisationen haben eine rasante Entwicklung durchgemacht: Es hat einen Anstieg der Mitgliederzahlen, der geographischen Reichweite, dem Parteiapparat, den Geldflüssen, der Politikkapazität etc. gegeben. Eher begrenzt ist der Fortschritt bei der Entwicklung der innerparteilichen Demokratie und der Einbeziehung der Mitglieder gewesen.

3. Kartellisierung. Es zeigen sich immer mehr Merkmale der Kartell-Parteien und der Kartellisierung: Die Parteien versuchen die Neuankömmlinge durch strikteren Hindernisse abzuwehren und ihre Position zu stärken. Zugleich werden sie immer abhängiger vom Staat und den staatlichen Ressourcen (Finanzierung, Karrieremuster etc.).

Wie bereits erwähnt, darf die Konsolidierung des estnischen Parteiensystems nicht als abgeschlossen gewertet werden. Viel eher kann von einem gewissen „Stabilitätsmoment“ die Rede sein.

Hier stellt sich die Frage, welche Faktoren zur Stabilisierung des estnischen Parteiensystems im letzten Jahrzehnt beigetragen haben. Es wurden drei erklärende Schemata erläutert: (1) systembezogene Erklärungen, (2) gesellschaftsbezogene Erklärungen, (3) institutionsbezogene Erklärungen.

Bei einer Erklärung auf der Systemebene sind die Eigenarten des Parteienwettbewerbs von zentraler Bedeutung. Die Hauptthese in dieser Frage ist, dass der durch eine geschickte Anwendung der wichtigsten gesellschaftlichen Konfliktlinien entstandene Parteienwettbewerb, der viele Merkmale eines bipolaren Systems aufweist, neuen Parteien nur wenige ideologische und inhaltliche Nischen übrig ließ. Sowohl der linke als auch der rechte Flügel sind „überbevölkert“. Auf dem rechten Flügel existieren schon zwei Parteien, die organisatorisch ziemlich stark sind und miteinander im Wettbewerb um die Stimmen einer ähnlicher Wählergruppe stehen. Wie würde eine dritte Kraft neben ihnen aussehen? Das damalige Scheitern von Res Publica untermauert die Schwierigkeiten, mit denen eine neue politische Organisation gegenüber den „alten“ Parteien des rechten Lagers konfrontiert wird. Fraglich wenn auch unwahrscheinlich ist, ob eine nationalistische Partei das Potenzial politischen Erfolges hätte. Radikaler Nationalismus hat in Estland jedoch nach der Wiedererlangung der Unabhängigkeit (außer 1992) nie besonders große Unterstützung erfahren. Zudem betonen die vorhandenen Rechtsparteien in ihren Programmen und öffentlichen Diskursen bereits den Nationalismus, weshalb selbiger nicht als Alleinstellungsmerkmal einer neuen politischen Kraft dienen kann.

Der Parteienwettbewerb ist auch im linken Flügel „geschlossen“. Es ist der Keskerakond im Prinzip gelungen die Etablierung russischer Parteien zu verhindern. Die Entstehung einer neuen linken/ linkspopulistischen Organisation als Konkurrenz neben der Keskerakond ist unwahrscheinlich.

Folglich ist es den vorhandenen Parteien gelungen, alle wichtigen gesellschaftlichen Konfliktlinien abzudecken. Falls keine erheblichen Veränderungen im sozialwirtschaftlichen System stattfinden, die Parteivorsitzenden der Kernparteien nicht ausgetauscht werden und keine beträchtlichen Verschiebungen bei den strategischen Entscheidungen der Parteien stattfinden, sind eine „Auflockerung“ des Parteiensystems und der Erfolg einer neuen Partei nur schwer vorstellbar.

In der gesellschaftszentrierten Dimension muss das Verhältnis zwischen den Parteien und der Gesellschaft in den Fokus gerückt werden. Wie bereits erwähnt, sind die estnischen Parteien im Vergleich zu den Durchschnittswerten der anderen Länder Mittel- und Osteuropas viel stärker in der Gesellschaft integriert. Daraus resultiert mitunter die größere Stabilität des Parteiensystems.

Zugleich ist unter diesem Aspekt die Betrachtung des sozialen Hintergrundes von Relevanz. In der progressivsten Periode der Stabilisierung des Parteiensystems (2006-2007) gelang es der politischen Elite die Krisen und Erschütterungen der Zeit (Wirtschaftskrise 2007-2009, Pronksiöö 2007) erfolgreich zu bewältigen und eine breite Welle der Unzufriedenheit oder bedeutende Einbuße der Legitimität zu vermeiden. Diese Fähigkeit ist für die Konsolidierung von großer Bedeutung. Die aufkommenden Streiks und Kundgebungen im Frühling 2012 und die absinkenden Unterstützungsquoten für die Regierungsparteien lassen mehrere Szenarien offen.

Bei der institutionellen Analyse ist eine Konzentration auf die Regeln zur Finanzierung und Funktionsprinzipien der Parteien erforderlich. Das tragende Argument ist: Die vorhandenen Wettbewerbsstrukturen werden durch starke Tendenzen der Kartellisierung des Parteiensystems und die für neue Parteien diskriminierenden institutionellen Regeln gefestigt. Damit wird neuen politischen Kräften der Zugang zum Meinungsbildungsprozess erschwert, da sie über erhebliche organisatorische und finanzielle Ressourcen verfügen müssen, um die bestehenden Parteikartelle aufzubrechen.

Die drei Schemata sollten trotz ihrer individuellen Dimension nicht isoliert voneinander betrachtet oder in eine hierarchische Ordnung gebracht werden. Sie tragen in Kombination zur Erklärung der Stabilisierung des Parteiensystems bei. Der gesellschaftliche Kontext, der die Stabilisierung des Parteiensystems unterstützte, sowie die Besonderheiten des Parteiensystems haben es in Estland ermöglicht, die einschränkenden institutionellen Regeln zu implementieren. Ferner haben sie zur Zuspitzung des Parteienwettbewerbs beigetragen und

eine Kanalisierung der gesellschaftlichen Unzufriedenheit durch neue Parteien erschwert.

Nichtsdestotrotz sollte im Auge behalten werden, dass ein ausbalanciertes System, welches durch das Zusammenwirken so vieler Faktoren entstanden ist, im Endeffekt auf einer wackeligen Basis fußt. Eine wesentliche Änderung auf System- oder gesellschaftlicher Ebene könnte das gesamte System instabil machen und so den Weg für unvorhersehbare Entwicklungen öffnen.

Die Trends in Ost- als auch in Westeuropa lassen wenig Grund für Optimismus hinsichtlich einer baldigen Stabilisierung des Parteiensystems. Die Parteien und die Parteiendemokratie befinden sich eher in einem Transformationsprozess, dessen Endergebnis momentan kaum prognostizierbar ist. Aus diesem Grund wäre es zu früh im Falle Estlands von einem ausgereiften, konsolidierten Parteiensystem zu sprechen. Viel eher sollte die Frage gestellt werden, wie lange das heutige „Stabilitätsmoment“ andauern wird.

LITERATURVERZEICHNIS

- Arjakas, Küлло 2002. Erakondade liidrite tippkohtumised 1990. aastate keskel. – Riigikogu Toimetised 6.
- Arter, David 1996. Parties and Democracy in the Post-Soviet Republics: The Case of Estonia. Aldershot, Hants, Brookfield: Dartmouth.
- Bakke, Elizabeth; Sitter, Nick 2005. Patterns of Stability: Party Competition and Strategy in Central Europe Since 1989. – Party Politics 11, 2, 243–263.
- Bartolini, Stefano; Mair, Peter 1990. Identity, Competition, and Electoral Availability: The Stabilisation of European Electorates 1885–1985. Cambridge, New York: Cambridge University Press.
- Berglund, Sten; Hellén, Tomas; Aarebrot, Frank H. 1998. The Handbook of Political Change in Eastern Europe. Cheltenham; Northampton, MA: E. Elgar.
- Bielasiak, Jack 2002. The Institutionalization of Electoral and Party Systems in Postcommunist States. – Comparative Politics 34, 2, 189–210.
- Biezen, Ingrid van 2000. On the Internal Balance of Party Power. – Party Politics 6, 4, 395–417.
- Biezen, Ingrid van 2003. Political Parties in New Democracies: Party Organization in Southern and East-Central Europe. Basingstoke, New York: Palgrave Macmillan.
- Biezen, Ingrid van 2004. Political Parties as Public Utilities. – Party Politics 10, 6, 701–722.
- Biezen, Ingrid van 2005. On the Theory and Practice of Party Formation and Adaptation in New Democracies. – European Journal of Political Research 44, 1, 147–174.
- Biezen, Ingrid van; Kopecký, Petr 2007. The State and the Parties. – Party Politics 13, 2, 235–254.
- Biezen, Ingrid van; Mair, Peter; Poguntke, Thomas 2009. Going, Going, Gone? Party Membership in the 21st Century.
- Birch, Sarah 2002. Embodying Democracy: Electoral System Design in Post-Communist Europe. Houndmills, Basingstoke, Hampshire, New York: Palgrave Macmillan.
- Birch, Sarah 2003. Electoral Systems and Political Transformation in Post-Communist Europe. New York: Palgrave Macmillan.

- Blondel, Jean 1969. *An Introduction to Comparative Government*. London: Weidenfeld and Nicolson.
- Bozóki, András; Ishiyama, John T. 2002. *The Communist Successor Parties of Central and Eastern Europe*. Armonk, NY: M. E. Sharpe.
- Broughton, David; Donovan, Mark 1999. *Changing Party Systems in Western Europe*. London: Pinter Pub.
- Daatland, Christer, D. 1997. *From Confusion to Clarity: A Study of the Influential Factors Behind the Estonian Party System*. Bergen: Bergen University Press.
- Deegan-Krause, Kevin 2007. *New Dimensions of Political Cleavage*. – Richard J. Dalton, Hans D. Klingemann (eds.), *Oxford Handbook of Political Behaviour*. New York: Oxford University Press, 538–556.
- Diamond, Larry J.; Gunther, Richard 2001. *Political Parties and Democracy*. Baltimore, MD: Johns Hopkins University Press.
- Duina, Francesco; Raunio, Tapio 2007. *The Open Method of Coordination and National Parliaments: Further Marginalization or New Opportunities?* – *Journal of European Public Policy* 14, 4, 489–506.
- Eesti lõimumiskava monitooring 2010. Ilmumas.
- Enyedi, Zsolt 2005. *The Role of Agency in Cleavage Formation*. – *European Journal of Political Research* 44, 5, 697–720.
- Enyedi, Zsolt; Linek, Lukáš 2008. *Searching for the Right Organization*. – *Party Politics* 14, 4, 455–477.
- Eurobarometer 2011. http://ec.europa.eu/public_opinion (23.05.2011).
- European Social Survey 2008. <http://ess.nsd.uib.no> (06.07.2011)
- Evans Geoffrey; Whitefield, Stephen 1998. *The Structuring of Political Cleavages in Post Communist Societies: The Case of the Czech Republic and Slovakia*. – *Political Studies* 46, 1, 115–139.
- Farrell, David M. 2001. *Electoral Systems: A Comparative Introduction*. New York: St. Martin's Press.
- Gallagher, Michael; Laver, Michael; Mair, Peter 2005. *Representative Government in Modern Europe*. 4th ed. Boston, MA: McGraw-Hill.
- Grzymala-Busse, Anna Maria 2002. *Redeeming the Communist Past: The Regeneration of Communist Parties in East Central Europe*. Cambridge, New York: Cambridge University Press.
- Houghton, Tim 2010. *Party Politics in Central and Eastern Europe: Does EU Membership Matter?* London, New York: Taylor and Francis.

- Heinsalu, Alo 2001. *Eesti valimistest XX sajandi üheksakümnendatel*. – *Riigikogu Toimetised* 3.
- Hloušek, Vít; Kopeček, Lubomír 2010. *Origin, Ideology and Transformation of Political Parties: East-Central and Western Europe Compared*. Burlington, VT: Ashgate.
- Jungerstam-Mulders, Susanne (ed.) 2006. *Post-Communist EU Member States: Parties and Party Systems*. Aldershot, Burlington, VT: Ashgate.
- Kaldor Mary; Vejvoda, Ivan 1999. *Democratization in Central and Eastern Europe*. London, New York: Pinter.
- Kallakas, Priit 2010. *Erakondade liikmeskondade areng Eestis 1995–2009*. – *Riigikogu Toimetised* 22.
- Kangur, Riho 2004. *Kandidaatide selekteerimine Eesti parlamendi-erakondades 1999–2003*. – *Riigikogu Toimetised* 10.
- Kangur, Riho 2009. *Kaas peale! Valimiskampaania kulude ülempiiri kehtestamisest*. – *Riigikogu Toimetised* 19.
- Karvonen, Lauri; Kuhnle, Stein 2001. *Party Systems and Voter Alignments Revisited*. London, New York: Routledge.
- Katz, Richard S.; Mair, Peter 1994. *How Parties Organize: Change and Adaptation in Party Organizations in Western Democracies*. London: Sage.
- Katz, Richard S.; Mair, Peter 1995. *Changing Models of Party Organization and Party Democracy*. – *Party Politics* 1, 1, 5–20.
- Kirchheimer, Otto 1966. *The Transformation of the Western European Party Systems*. – Joseph LaPalombara, Myron Weiner (eds.), *Political Parties and Political Development*. Princeton, NJ.: Princeton University Press, 177–200.
- Kitschelt, Herbert 1995. *Formation of Party Cleavages in Post-Communist Democracies*. – *Party Politics* 1, 4, 447.
- Kitschelt, Herbert 1999. *Post-Communist Party Systems: Competition, Representation, and Inter-Party Cooperation*. Cambridge, New York: Cambridge University Press.
- Knutsen, Oddbjørn 2006. *Class Voting in Western Europe: a Comparative Longitudinal Study*. Lanham, MD: Lexington Books.
- Kopecký, Petr 2006. *Political Parties and the State in Post-Communist Europe: The Nature of Symbiosis*. – *Journal of Communist Studies and Transition Politics* 22, 3, 251–273.

- Kopecký, Petr (ed.) 2008. *Political Parties and The State in Post-communist Europe*. London, New York: Routledge.
- Koss, Michael. 2011. *The Politics of Party Funding: State Funding to Political Parties and Party Competition in Western Europe*. Oxford, New York: Oxford University Press in association with ECPR.
- Kostelecký, Tomáš 2002. *Political Parties After Communism: Developments in East-Central Europe*. Washington, DC: Woodrow Wilson Center Press.
- Kreuzer, Marcus; Pettai, Vello 2003. *Patterns of Political Instability: Affiliation Patterns of Politicians and Voters in Post-Communist Estonia, Latvia, and Lithuania*. – *Studies in Comparative International Development* 38, 2, 76.
- Krouwel, André 2006. *Party Models*. – Richard S. Katz, William J. Crotty (eds.), *Handbook of Party Politics*. London, Thousand Oaks: Sage, 249–269.
- Krupavičius, Algis 2005. *Political Parties and Multi-Party Systems in the Baltic Countries 1991–2001*. – Anatoly Kulik, Susanna Pshizova (eds.), *Political Parties in Post-Soviet Space: Russia, Belarus, Ukraine, Moldova and the Baltics*. Westport, CT; London: Praeger, 121–136.
- Kärt, Liisa-Indra (2008). *Erinevused Reformierakonna Sotsiaaldemokraatliku erakonna sisedemokraatias ja liikmete diskursuses*. Bakalaureusetöö. Tallinna Ülikool, Riigiteaduste Instituut. Tallinn.
- Laakso, Markku; Taagepera, Rein 1979. *Effective Number of Parties: A Measure with Application to West Europe*. – *Comparative Political Studies* 12, 1, 3–27.
- Ladrech, Robert 2002. *Europeanization and political parties: Towards a framework for analysis*. – *Party Politics* 8, 4, 389.
- Lagerspetz, Mikko; Vogt, Henri 2004. *Estonia*. – Sten Berglund, Tomas Hellén, Frank H. Aarebrot (eds.), *The Handbook of Political Change in Eastern Europe*. 2nd ed. Cheltenham; Northampton, MA: E. Elgar, 57–94.
- Lane, Jan-Erik; Ersson, Svante 2007. *Party System Instability in Europe: Persistent Differences in Volatility between West and East*. – *Democratization* 14, 1, 92–110.
- Lauristin, Marju 2007. *Maailmavaade ja toetus erakondadele*. – Marju Lauristin, Mati Heidmets (toim.), *Eesti Inimarengu Aruanne*. Tallinn: Ühiskondliku Leppe Sihtasutus, 46–60.
- Lawson, Kay 2010. *Political Parties and Democracy*. Santa Barbara, CA: Praeger.

- Lawson, Kay; Römmele, Andrea; Karasimeonov, Georgi 1999. *Cleavages, Parties, and Voters: Studies from Bulgaria, the Czech Republic, Hungary, Poland, and Romania*. Westport, CT: Praeger.
- Lewis, Paul, G. 1996. *Party Structure and Organization in East-Central Europe*. Cheltenham; Brookfield, VT: E. Elgar.
- Lewis, Paul, G. 2000. *Political Parties in Post-Communist Eastern Europe*. London, New York: Routledge.
- Lewis, Paul, G. 2001. *Party Development and Democratic Change in Post-Communist Europe: The First Decade*. London, Portland, OR: Frank Cass.
- Lewis, Paul, G. 2006. *Party Systems in Post-Communist Central Europe: Patterns of Stability and Consolidation*. – *Democratization* 13, 4, 562–583.
- Lewis, Paul, G. 2007. *Political Parties*. – Stephen White, Judy Batt, Paul G. Lewis (eds.), *Developments in Central and East European Politics*. 4 ed. Durham: Duke University Press Books, 174–192.
- Lewis, Paul, G.; Mansfeldová, Zdenka 2006. *The European Union and Party Politics in Central and Eastern Europe*. Houndmills, Basingstoke, Hampshire, New York: Palgrave Macmillan.
- Linden, Ronald H. 2008. *The New Populism in Central and Southeastern Europe*. *Problems of Post-Communism* 55, 3, 3–6.
- Lipset, Seymour Martin; Rokkan, Stein 1967. *Party Systems and Voter Alignments: Cross-National Perspectives*. New York: Free Press.
- Mainwaring, Scott; Zoco, Edurne 2007. *Political Sequences and the Stabilization of Interparty Competition*. – *Party Politics* 13, 2, 155–178.
- Mair, Peter 1998. *Party System Change: Approaches and Interpretations*. Oxford: Oxford University Press.
- Mair, Peter 2000. *The Limited Impact of Europe on National Party Systems*. – *West European Politics* 23, 4, 27–51.
- Mair, Peter 2002. *Comparing Party Systems*. – Lawrence LeDuc, Pippa Norris, Richard G. Niemi (eds.), *Comparing Democracies 2: New Challenges of the Study of Elections and Voting*. London: Sage, 88–107.
- Mair, Peter 2006. *Political Parties and Party Systems*. – Paolo Graziano, Maarten Vink (eds.), *Europeanization: New Research Agendas*. Basingstoke: Palgrave Macmillan, 154–166.
- Mair, Peter; Müller, Wolfgang C.; Plasser, Fritz 2004. *Political Parties and Electoral Change: Party Responses to Electoral Markets*. London: Sage.

- Mair, Peter; van Biezen, Ingrid 2001. Party Membership in Twenty European Democracies, 1980–2000. – *Party Politics* 7, 1, 5–20.
- Mikkkel, Evald 1998. The Cleavage Formation and the Emergence of 'Party Systems' in the Post-Soviet Societies: Estonia and Lithuania Compared. Paper presented at the 26th ECPR Joint session workshop "Change and Continuity in the Roles of Parties in Democratization" University of Warwick, UK.
- Mikkkel, Evald 2006. Patterns of Party Formation in Estonia: Consolidation Unaccomplished. – Susanne Jungerstam-Mulders (ed.), *Post-Communist EU Member States: Parties and Party Systems*. Aldershot; Burlington, VT: Ashgate, 23–47.
- Mikkkel, Evald; Pettai, Vello 2004. The Baltics: Independence with Divergent Electoral Systems. – Josep H. Colomer (ed.), *Handbook of Electoral System Choice*. New York: Palgrave, 332–346.
- Moreno, Alejandro M. 1999. *Political Cleavages: Issues, Parties, and the Consolidation of Democracy*. Boulder: Westview Press.
- Nieuwbeerta, Paul; Ultee, Wout 1999. Class Voting in Western Industrialized Countries, 1945–1990: Systematizing and Testing Explanations. – *European Journal of Political Research* 35, 1, 123–160.
- Noorkõiv, Rivo 2010. Regionaalne areng ja elukeskkond. – Marju Lauristin (toim.), *Eesti inimarengu aruanne 2009*. Tallinn: Eesti Koostöö Kogu.
- Nørgaard, Ole 1999. *The Baltic States After Independence* (2nd ed.). Cheltenham, Northampton: Edward Elgar Pub.
- Nutt, Mart 1994. Sõnavõtt. Erakonnaseaduse eelnõu kolmas lugemine. VII Riigikogu stenogramm, 4. istungjärk, 11.05. <http://www.riigikogu.ee?op=steno&stcommand=stenogramm&date=768654000#pk1900001557> (15.08. 2011).
- Ojamaa, Helen 2010. Demokraatlikkus Eesti erakondade siseprotsessides. Võrdlev analüüs. Magistritöö. Tallinna Ülikool, Riigiteaduste Instituut. Tallinn.
- Olson, David M. 1998. Party Formation and Party System Consolidation in the New Democracies of Central Europe. – *Political Studies* 46, 3, 432–464.
- Otepalu, Olavi 2008. Poliitilist edukust mõjutavad tegurid Riigikogu kandidaatide selekteerimise protsessis. Magistritöö. Tartu Ülikool, Riigiteaduste Instituut. Tartu.

- Pabriks, Artis; Stokenberga, Aiga 2006. Political Parties and the Party System in Latvia. – Susanne Jungerstam-Mulders (ed.), *Post-communist EU Member States: Parties and Party Systems*. Aldershot; Burlington, VT: Ashgate, 51–67.
- Pedersen, Morgens N. 1983. Changing Patterns of Electoral Volatility in European Party Systems, 1948–1977: Explorations in Explanation. – Hans Daadler, Peter Mair (eds.), *Western European Party Systems: Continuity and Change*. London: Sage, 29–66.
- Pettai, Vello 2001. Estonia: Postive and Negative Institutional Engineering. – Jan Zielonka, Alex Pravda (eds.), *Democratic Consolidation in Eastern Europe*. Vol. 1. London, New York: Oxford University Press, 112–138.
- Pettai, Vello; Kreuzer, Marcus 2001. Institutions and Party Development in the Baltic States. – Paul G. Lewis (ed.), *Party Development and Democratic Change in Post-Communist Europe*. London, Portland: Frank Cass Publishers, 107–125.
- Pettai, Vello; Auers, Daunis; Ramonaitė, Aine 2011. Poliitiline areng. – Marju Lauristin (toim.), *Eesti inimarengu aruanne 2010/2011*. Inimarengu Balti rajad: muutuste kaks aastakümnet. Tallinn: Eesti Koostöö Kogu, 144–165.
- Raagmaa, Garry 1996. Shifts in Regional Development of Estonia During the Transition. – *European Planning Studies* 4, 6, 683–703.
- Ramonaite, Aine 2006. The Development of the Lithuanian Party System: from Stability to Perturbation. – Susanne Jungerstam-Mulders (ed.), *Post-Communist EU Member States: Parties and Party Systems*. Aldershot; Burlington, VT: Ashgate, 69–90.
- Roper, Steven D.; Ikstens, Janis 2008. *Public Finance and Post-Communist Party Development*. Aldershot; Burlington, VT: Ashgate.
- Rose, Richard 1995. Mobilizing Demobilized Voters in Post-Communist Societies. *Party Politics* 1, 4, 549.
- Rose, Richard; Munro, Neil 2003. *Elections and Parties in New European Democracies*. Washington, DC: CQ Press, A Division of Congressional Quarterly.
- Rose, Richard; Munro, Neil 2009. *Elections and Parties in New European Democracies*. Colchester: ECPR Press.
- Sartori, Giovanni 1976. *Parties and Party Systems: a Framework for Analysis*. Cambridge, New York: Cambridge University Press.
- Sartori, Giovanni; Mair, Peter 2005. *Parties and Party Systems: a Framework for Analysis*. Cambridge. Colchester: ECPR.

- Scarrow, Susan 2005. Political Parties and Democracy in Theoretical and Practical Perspectives. Implementing Intra-Party Democracy. National Democratic Institute for International Affairs website: http://www.ndi.org/files/1951_polpart_scarrow_110105.pdf (01.08.2011).
- Scarrow, Susan 2006. Party Subsidies and the Freezing of Party Competition: Do Cartel Mechanisms Work? – *West European Politics* 29, 4, 619–639.
- Schattschneider, Elemer E. 1964. *Political Parties and Democracy*. New York: Holt.
- Siaroff, Alan 2000. *Comparative European Party Systems*. New York: Garland Pub.
- Sikk, Allan 2003. A Cartel Party System in a Post-Communist Country? The Case of Estonia. Paper presented at the ECPR General Conference, Marburg.
- Sikk, Allan 2004. Party Financing Regimes and Emergence of New Parties in Latvia and Estonia. Paper presented at the ECPR Joint Sessions workshops, Uppsala.
- Sikk, Allan 2005. How Unstable? Volatility and the Genuinely New Parties in Eastern Europe. – *European Journal of Political Research* 44, 3, 391–412.
- Sikk, Allan 2006a. From 'Sexy Men' to 'Socialists gone Nuts': The European Union and Estonian Party Politics. – Paul G. Lewis, Zenka Mansfeldová (eds.), *The European Union and party politics in Central Eastern Europe*. Basingstoke: Palgrave, 40–63.
- Sikk, Allan 2006b. Highways to Power: New Party Success in Three Young Democracies. Doktoritöö. Tartu Ülikool, sotsiaal- ja haridusteaduskond, politoloogia osakond. Tartu.
- Sikk, Allan 2008. From Private Organizations to Democratic Infrastructure: Political Parties and the State in Estonia. – Petr Kopecný (ed.), *Political Parties and the State in Post-Communist Europe*. London; New York: Routledge, 91–111.
- Sikk, Allan 2010. Force Mineure? The Effect of the EU on Party Politics in a Small Country: the Case of Estonia. – Tim Haughton (ed.), *Party Politics in Central and Eastern Europe: Does EU Membership Matter?* London, New York: Taylor and Francis, 56–78.
- Sikk, Allan; Kangur, Riho 2008. Estonia: the Increasing Costs and Weak Oversight of Party Finance. – Steven D. Roper, Janis Ikstens (eds.), *Public Finance and Post-Communist Party Development*. Aldershot; Burlington, VT: Ashgate, 63–75.

- Sitter, Nick 2002. Cleavages, Party Strategy and Party System Change in Europe, East and West. – *Perspectives on European Politics and Society* 3, 3, 425–452.
- Smith, Gordon 1993. Transitions to Liberal Democracy. – Stephen Whitefield (ed.), *The New Institutional Architecture of Eastern Europe*. London: Macmillan, 1–13.
- Solvak, Mihkel 2011a. Hääle vahetamine 2011. aasta Riigikogu valimisel. – *Riigikogu Toimetised* 22.
- Solvak, Mihkel 2011b. Rahvuslik tööjaotus valimiskäitumises. – *Sirp*, 16. september.
- Szczerbiak, Aleks 2001. Party Structure and Organizational Development in Post-communist Poland. – *Journal of Communist Studies and Transition Politics* 17, 2, 94–130.
- Stegmaier, Mary; Vlachová, Klára 2011. The Parliamentary Election in the Czech Republic, May 2010. – *Electoral Studies* 30, 1, 238–241.
- Svege, Hans, P.; Daatland, Christer, D. 2000. Estonia. – Frank Aarebrot, Terje Knutsen (eds.), *Politics and Citizenship in the Eastern Baltic Seaboard: the Structuring of Democratic Politics from North-West Russia to Poland*. Kristiansand: Høyskoleforlaget, 49–76.
- Taagepera, Rein 1993. *Estonia: Return to Independence*. Boulder: Westview Press.
- Taagepera, Rein 2006. Meteoric Trajectory: The Res Publica Party in Estonia. – *Democratization* 13, 1, 78–94.
- Taagepera, Rein 2007. *Predicting Party Sizes: the Logic of Simple Electoral Systems*. Oxford: Oxford University Press.
- Tavits, Margit 2005. The Development of Stable Party Support: Electoral Dynamics in Post-Communist Europe. – *American Journal of Political Science* 49, 2, 283–298.
- Tavits, Margit 2008. On the Linkage Between Electoral Volatility and Party System Instability in Central and Eastern Europe. – *European Journal of Political Research* 47, 5, 537–555.
- Tóka, Gábor 1998. Party Appeals and Voter Loyalty in New Democracies. – *Political Studies* 46, 3, 589–610.
- Toomla, Rein 1999. *Eesti erakonnad*. Tallinn: Eesti Entsüklopeediakirjastus.
- Toomla, Rein 2005. Political Parties in Estonia. – Anatoly Kulik, Susanna Pshizova (eds.), *Political Parties in Post-Soviet Space. Russia, Belarus, Ukraine, Moldova and the Baltics*. London, Westport, CT: Praeger, 137–160.

- Toomla, Rein 2011. Eesti erakonnad 2000 – 2010.
Tartu: Tartu Ülikooli Kirjastus.
- Toots, Anu 2003. Kohaliku esindusvõimu erakonnastumine.
– Riigikogu Toimetised 7.
- Valimiskomisjon 2011. <http://www.vvk.ee/> (20.08.2011).
- Vink, Maarten 2003. What is Europeanization? And Other questions on
a New Research Agenda. – European Political Science 3, 1, 63–74.
- Ware, Alan 1996. Political Parties and Party Systems.
Oxford, New York: Oxford University Press.
- Webb, Paul; Farrell, David M.; Holliday, Ian 2002. Political Parties
in Advanced Industrial Democracies.
Oxford: Oxford University Press.
- Whitefield, Stephen 2002. Political Cleavages and Post-Communist
Politics. – Annual Review of Political Science 5, 1, 181–200.
- Wolinetz, Steven B. 1988. Parties and Party Systems in Liberal
Democracies. London, New York: Routledge.
- Wolinetz, Steven B. 2006. Party Systems and Party System Types.
– Richard S. Katz, William J. Crotty (eds.), Handbook of Party
Politics. London, Thousand Oaks: Sage, 51–62.
- Wolinetz, Steven B. (ed.) 1997. Party Systems. Aldershot: Dartmouth.
- Wyman, Matthew; White, Stephen; Miller, Bill; Heywood, Paul 1995.
The Place of „Party“ in Post-Communist Europe.
– Party Politics 1, 4, 535–548.

Tõnis Saarts ist Dozent für Politikwissenschaften an der Universität Tallinn. Sein wissenschaftliches Interesse gehört vor allem den Parteien, den Parteiensystemen und dem Wählerverhalten in Mittel- und Osteuropa (u.a. in den Ländern des Baltikums). Er hat akademische Artikel zur vergleichenden Analyse der Parteiensysteme in den baltischen Staaten, sowie zur Entwicklungsgeschichte der estnischen Parteien veröffentlicht.



Ott Lumi ist Dozent für Staats- und Politikwissenschaften an der Universität Tallinn. Er unterrichtet öffentliche Politik und hat zahlreiche akademische Artikel zur Parteienforschung und Politikgestaltung veröffentlicht. Er ist Geschäftspartner und Berater beim Beratungsunternehmen META und ehemaliges Mitglied des estnischen Riigikogu.



ISBN 978-9949-33-362-2



9 789949 333622